

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Auffrischtes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für 3 Abolter 1,25 M. durch Posten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streifen usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die begehrtene Postzeile oder deren Raum 15 Pfg., die begehrtene Kleinzeile 40 Pfg., Ausnahmestellen 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederholungen unentgeltlich geschickter oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beleggebühren: 10 — Mk. das Laufen, zusätzl. Postgebühren. / Die Anzeigennahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 124

Donnerstag, den 23. Oktober 1930

32. Jahrg.

Arbeitszeit für die Regierung.

Das Ergebnis einer Woche Reichstag. — Die starke Mehrheit für das Kabinett. — Muß der Reichstag im November zusammentreten?

Mit einer mehr als zwölftündigen Kampfsitzung hat der Reichstag die erste Woche seines Beilebens, eine Kampfwache, beendet. Das Ergebnis des Kampfes hat die Schärfe der Auseinandersetzungen und die Arbeit der Fraktionen befestigt. Für die Regierung ist dieses Ergebnis von ganz außerordentlicher Bedeutung. Sie hat aus der Abstimmungsschlacht eine Mehrheit für sich geholt, die den zu ihr gehörenden Parteien unerschütterlich ist, und das besonders Bemerkenswerte ist, daß sie diese Mehrheit nicht der Unterstützung der Sozialdemokratie dankt, sondern daß sie auch nach rechts hin Stimmen gewonnen hat, die sich ihr zu Beginn der parlamentarischen Auseinandersetzungen zu verlagern schienen. So hat sich die Wirtschaftspartei im Augenblick der Entscheidung entgegen ihren früheren Ankündigungen auf die Seite der Reichsregierung gestellt. Es war tatsächlich klug von dem Reichsanstänger Brüning, daß er, dessen Methode sonst die Arbeit in der Stille ist, die Auseinandersetzung mit den Gegnern seiner Regierung und ihres Programms in der offenen Feldschlacht des parlamentarischen Kampfes gesucht hat, denn hier ist kein Sieg um so augenfälliger geworden.

Mit diesem Sieg hat die Regierung erreicht, daß die Notverordnung vom Aufst. aufrecht erhalten bleibt, sie hat die Ermächtigung für den Wiederbeschuldungsrecht erhalten, und sie ist in ihrer Geschäftsführung durch den Uebergang zur Tagesordnung über sämtliche Ministeranträge mit einer Mehrheit von 82 Stimmen bekräftigt worden. Sie hat diesen Reichstag, der in seinen ersten Sitzungen zu den ernstesten Befürchtungen darüber Anlaß gab, ob eine parlamentarische Arbeit überhaupt möglich sein werde, zu solcher Arbeit gewonnen, und wenn die Regierung dabei die ersten Früchte geerntet hat, so wird auch das Parlament diesen Abschl. der ersten Woche seiner Tätigkeit dankbar als eine positive Leistung anerkennen und, nachdem sich in den ersten Stürmen die Gemüter etwas beruhigt haben, für seine Weiterarbeit im Dezember daraus nützliche Lehren ziehen.

Es stellt allerdings im Lager der Opposition nicht an Stimmen, die versuchen, den Erfolg der Regierung und das positive Ergebnis der ersten Parlamentsarbeiten in Zweifel zu ziehen. Das ist verständlich. Eine Fraktion der Opposition, die des Deutschen Landvolks, hat bereits Einspruch gegen die Vertagung erhoben und die sofortige Wiederberufung des Reichstages verlangt, die in besonderen Schritten beim Reichsanstänger und beim Reichspräsidenten begründet werden soll. Man besteht sich dabei auf die Bestimmung, daß ein Drittel der Mitglieder des Reichstages jederzeit dessen Einberufung verlangen kann und daß der Reichstag in jedem Jahre am ersten Mittwoch des November zusammentreten muß, Bestimmungen, die im Artikel 24 der Reichsverfassung enthalten sind, über deren Sinn aber alle Kommentatoren sich in der Richtung einig sind, daß es sich dabei im wesentlichen um eine Vorkehrung handelt, die im Hinblick auf die Sicherung des Haushaltsplans für das folgende Jahr getroffen ist und daß der Sinn der Bestimmung keineswegs sein kann, die absolute Mehrheit des Reichstages durch ein Drittel seiner Mitglieder transmittieren zu lassen, das als Oppositionsmittel nach jeder Vertagung sofort wieder den Zusammentritt erzwingen könnte. Es ist kein Zweifel, daß aus diesen Ermüdungen heraus die Forderung des Landvolks von den zuständigen Stellen abgelehnt werden muß.

Es bleibt noch ein Wort zu sagen über die innen- und außenpolitische Wirkung des Abstimmungsergebnisses vom letzten Samstag. Unverkennbar ist, wie schon kurz angedeutet wurde, von besonderer Bedeutung die Tatsache, daß die Sozialdemokratie in klarer Erkenntnis der Lage es für ihre Pflicht erkannt hat, die Regierung Brüning nicht im Stich zu lassen, nicht, weil ihr gerade dieser Kanzler und dieses Kabinett besonders sympatisch wären, sondern weil sie als eine ernste Gefahr das starke Anwachsen der NSDAP erkannte hat. Die Regierung wird in der ihr nun zur Verfügung stehenden Zeit alle Kräfte daran setzen, die für die Durchführung ihres Programms notwendigen Vorlagen fertigzustellen und ihre Verwirklichung in die Wege zu leiten, und sie wird es um so leichter haben, diese verantwortungsvolle und schwere Arbeit zu leisten, je weniger sie dabei durch Demonstrationen von den Feinden des Reichstages hinaus getrieben wird. Sie wird sich

nach dem so günstigen Abstimmungsergebnis auch einer unerwarteten Anteilnahme des Auslandes an ihren Arbeiten und eines wachsenden Glaubens der Welt an die Möglichkeit erfreuen können, daß es gelingen wird, auf diesem Wege die innere Ordnung in Deutschland wiederherzustellen und damit die Innehaltung seiner früheren Verpflichtungen zu gewährleisten. Was diese früheren Verpflichtungen angeht, so werden hoffentlich die sehr deutlichen Worte des Reichsanstängers über die Notwendigkeit, bei der Durchführung des Youngplans auf die der deutschen Leistungsfähigkeit gezogenen Grenzen Rücksicht zu nehmen, offene Ohren finden. Das Kabinett Brüning hat aus den parlamentarischen Kämpfen der hinter uns liegenden Woche für sich selbst die Erkenntnis ziehen können, daß es bei entschlossenem Willen gelingen muß, das große Werk zur Vollendung zu führen. Möge die Regierung in der ihr zur Verfügung stehenden Zeit nach dieser Erkenntnis handeln!

Landtagsauflösung abgelehnt.

Auf den 4. November verlag.

Berlin, 22. Oktober.

Der Preussische Landtag lehnte den Antrag der Wirtschaftspartei auf sofortige Auflösung des Landtages in namentlicher Abstimmung mit 240 gegen 189 Stimmen ab. Das Ergebnis wurde von der Opposition mit Pfui-Rufen aufgenommen.

Der kommunistische Antrag, der die Aufhebung der preussischen Ausführungsbestimmungen zur Reichsnoterordnung forderte, wurde in namentlicher Abstimmung mit 369 gegen 48 Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Der kommunistische Antrag auf sofortige Einstellung der Young-Zahlungen wurde mit 295 gegen 147 Stimmen abgelehnt. Gegen den Antrag stimmte außer den Regierungsparteien auch die Deutsche Volkspartei.

In einfacher Abstimmung lehnte der Landtag den Antrag der Deutschen Fraktion ab, wonach das Staatsministerium ersucht werden sollte, bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß das im Youngplan vorgesehene Moratorium in die Wege geleitet werde. In namentlicher Abstimmung wurde mit 356 gegen 42 Stimmen der kommunistische Antrag abgelehnt, der die Zurücknahme aller Maßnahmen forderte, die gegen kommunistische Gemeindefunktionäre wegen Ausforderung zum Steuerstreik eingeleitet sind.

In einfacher Abstimmung angenommen wurde der demokratische Antrag auf Ermittlung und strenge Bestrafung der Täter im Zusammenhang mit den Berliner Krawallen anläßlich der Reichstagsauflösung. In namentlicher Abstimmung wurde der nationalsozialistische Antrag, der die Aufhebung des gegen die Nationalsozialisten erlassenen Uniformverbots forderte, mit 227 gegen 132 Stimmen abgelehnt. Damit waren die größten politischen Anträge erledigt.

Das Haus vertagte sich auf den 4. November.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages

Der Haushaltsauschuss.

Berlin, 21. Oktober.

Im Reichstag trat unter dem Vorsitz des Abgeordneten Dr. Fried (Nat.-Soz.) der Auswärtige Ausschuss zu seiner ersten Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung stand zunächst eine Ausprache über die Genfer Währungsverhandlungen. Ferner waren die vom Ausschuss überwiesenen Anträge über die Revision des Youngplans auf die Tagesordnung gesetzt worden. In diesem Zusammenhang ist die Zusammenziehung des neuen Auswärtigen Ausschusses von Interesse.

Von den insgesamt 28 Mitgliedern des Ausschusses entfallen auf die Sozialdemokraten 7, auf die Nationalsozialisten 6, auf die Kommunisten 4, auf das Zentrum 3, auf die Deutschen Nationalen 2, auf die Deutsche Volkspartei, die Wirtschaftspartei, den Christlich-Sozialen Volksdienst und die Bayerische Volkspartei je 1 und auf das Deutsche Landvolk 2 Abgeordnete. Bemerkenswert ist, daß infolge der Schlüsselung das Landvolk im Auswärtigen Ausschuss einen Abgeordneten mehr hat als die Deutsche Volkspartei, obwohl die Landvolksfraktion mit 4 auf das Zentrum 3, auf die Deutschen Nationalen 2, auf die Deutsche Volkspartei, die Christlich-Sozialen Volksdienst und die Bayerische Volkspartei, die Regierungsparteien verfügen von den 28 Ausschussmitgliedern nur über 6. Rechnet man hierzu die 7 Sozialdemokraten, dann sind 13 Abgeordnete im Ausschuss, die die Außenpolitik der Regierung unterstützen. Die übrigen 15 Abgeordnete der Opposition gegenüber.

Der Haushaltsauschuss des Reichstages, der die Notverordnungen zu beraten hat, ist bisher zu seiner ersten Sitzung nicht einberufen worden. In diesem Ausschuss, der 35 Mitglieder zählt, verfügen die Regierungsparteien, die Sozialdemokraten und der Christlich-Sozialen Volksdienst zusammen über 18 Abgeordnete, also gerade über die Mehrheit.

Wer fällt unter das Amnestiegesetz?

Das vom Reichstag am zwei Drittel Mehrheit verabschiedete Amnestiegesetz ist damit gegen den Einspruch des Reichspräsidenten rechtskräftig geworden, sobald es der Reichspräsident verordnet. Das Amnestiegesetz befreit, das Strafrecht betrifft, für die in Paragraph 4 des Amnestiegesetzes vom Jahre 1928 genannten, aus politischen Beweggründen begangenen Straftaten, wenn die Tat vor dem 1. September 1924 begangen ist und wenn sie sich nicht gegen ein Mitglied oder früheres Mitglied der Reichsregierung gerichtet hat.

Es handelt sich hier in der Hauptsache um politische Tätigkeitsdelikte, also um die Amnestierung einer Reihe von sogenannten Zementmördern — etwa 15 — und von 7 Kommunisten. Es ist aber anzunehmen, daß über diesen Kreis hinaus das Amnestiegesetz auch auf diejenigen Personen Anwendung finden kann, die im Zusammenhang mit den Ruhrkämpfen und der Bekämpfung der Separatisten Strafen zu gewärtigen hatten, soweit die Taten vor dem 1. September 1924 begangen wurden.

Sicher ist, daß auch der kürzlich wieder vertagte Prozeß Fahlbusch sowie der Fall Pempel durch die Amnestie erlobt sein dürften. Dagegen werden die Mörder Erbgergers nicht amnestiert, da es sich hier um eine Tat gegen ein Regierungsmitglied gehandelt hat.

Ausprache mit Schacht.

Ueber die Reparationsfrage.

Neuport, 22. Oktober.

Auf einem Festessen der Foreign Policy Association fand eine bemerkenswerte Ausprache zwischen Dr. Schacht und dem ehemaligen Mitglied der Reparationskommission John Foster Dulles über den Youngplan und seine Beziehung zur Weltwirtschaft statt.

Dulles vertrat die Reparationsfrage möglichst objektiv und sachlich, und gab zu, daß die Pariser Konferenz die moralische Grundlage der Reparationsfrage völlig außer acht gelassen habe. Die Alliierten hätten nicht die Wiedergutmachung der Kriegsschäden, sondern die Uebertragung der eigenen Schuldensammlungen auf die Schultern Deutschlands im Auge gehabt. Deutschland sei abgerichtet, keine Nachbarn dagegen leihen die Rütlingspolitik trotz des in Versailles festlich gegebenen Versprechens fort.

Andererseits glaubte Dulles, auf eine gewisse Geldberichtigung in Deutschland hinweisen zu müssen, so daß ein großer Teil der jetzigen Schwierigkeiten selbst verschuldet sei. Deutschland müsse durch Selbstvertrauen und seine Fähigkeiten im Auslandes Vertrauen erwecken.

Schacht stellte den optimistischen Ausführungen Dulles' über die wirtschaftliche Lage Deutschlands nach und

klare Zahlen des deutschen Glanz entgegen. Genüß habe die deutsche Wirtschaft einen beachtlichen Aufschwung genommen. Man dürfe aber nicht vergessen, daß Deutschland die Reparationszahlungen, den Einfuhrüberschuß und den Zinsendienst für die im Ausland aufgenommenen Kredite lediglich aus Anleihen befristet habe. Dieser Zustand könne unmöglich lange andauern.

Der jetzige Ausfuhrüberschuß sei das Ergebnis der Verminderung der Einfuhr.

Um seinen Verpflichtungen nachkommen zu können, müsse Deutschland 5 Milliarden Goldmark jährlich aus Ausfuhrüberschüssen aufbringen. Eine derartige Steigerung des deutschen Anteils am Weltmarkt sei jedoch unmöglich, da die anderen Länder sich dagegen sträuben, daß Deutschland sie von den Absatzmärkten ausschalte.

Befredungen mit Hoover und Mellon.

In einem Washingtoner Sonderbericht der „Herold Tribune“ wird behauptet, Schacht habe Hoover und Mellon freimütig erklärt:

daß keines Erachtens eine vorübergehende Moratorium für die Reparationszahlungen sich als unannehmbar erweisen werde.

Die zeitweilige Einstellung der deutschen Zahlungen werde nach Ansicht gutunterrichteter und der Regierung nahestehender Kreise eine allgemeine Suspensionsdauer des alliierten Schuldendienstes an Amerika zur Folge haben. Welche Haltung Hoover in diesem Falle einnehmen werde, könne allerdings niemand voraussagen. Man erhalte in Washington an, daß England und Italien infolge der Depression und der Arbeitslosigkeit ihre Zahlungen schwerlich fortsetzen könnten, wenn Deutschlands Zahlungen ausblieben.

Dagegen würde Frankreich kaum Sympathien begreifen, wenn es gleichfalls vom Moratorium Gebrauch machte.

Zum Schluß bemerkt das Blatt, in Washington sei man sich darüber klar, daß Schacht nicht im Namen der deutschen Regierung spreche, doch glaube man, daß seine Voraussetzungen sich wahrscheinlich als richtig herausstellen würden.

Mac Fadden verlangt:

Sofortige Herabsetzung der Young-Zahlungen.

London, 22. Oktober.

Der Abgeordnete Louis MacFadden, der Vorsitzende des Ausschusses des Repräsentantenhauses für Bank- und Währungsfragen, hat dem Vertreter der Reuporter „Daily Investment News“ ein Interview gegeben. In diesem erklärte

er, daß Deutschland einer schweren wirtschaftlichen Krise entgegengehe. Es müßte irgend etwas getan werden, um die Verhältnisse günstiger zu gestalten. Jetzt sei es Zeit an diese Frage offen heranzutreten.

Antworten von ausländischen Banken, die dazu bestimmt wären, frühere Schulden abzulösen, bedeuten nichts weiter als eine Verzögerung. Ein Moratorium über eine Beschleunigung der Zahlungen des Darlehensplans ist sofort notwendig. Da die Alliierten auf der vollständigen Zahlung der gegenwärtigen Reparationen bestanden, so sei der einzige Ausweg, daß die Vereinigten Staaten von Amerika eine großzügige Haltung zeigen.

London und die Revisionsbewegung.

Die Meldung von ersten Anzeichen einer amerikanischen Revisionsbewegung in der interalliierten Schuldensfrage, wie sie durch den Washingtoner Mitarbeiter der „Times“ gemeldet wurde, hat in London Nervosität erregt. London verhält sich jedoch sehr vorsichtig und zurückhaltend und warnt vor übertriebenen Hoffnungen, namentlich soweit die unmittelbare Zukunft in Frage kommt. Das Anzeichen dieses Problems von Europa aus könne mehr Schaden als Nutzen, besonders wenn sentimentale Beweggründe für die Vereinfachung der Forderung ins Feld geführt würden.

Was Frankreich dazu sagt . . .

Die Meldung des „Times“ Korrespondenten aus Washington, daß die amerikanische Regierung im Augenblick die Möglichkeit eines Moratoriums studiere, findet in der Pariser Presse ungenügend stark Beachtung. Berlinar wendet sich im „Echo de Paris“ scharf gegen ein derartiges Unternehmen.

Zwischen einem Moratorium an Deutschland und einem solchen an Amerika an seine Gläubiger könne niemals eine Parallele gezogen werden. Für Deutschland würde ein Moratorium außerdem nichts weiter bedeuten, als einen Schritt vorwärts auf dem Wege zur Revillon der Haager Abkommen.

Frankreich könne einem derartigen Vorschlag nicht zustimmen, weil er gegen den Sinn des Haager Abkommens verstoße. Das „Quotidien“ meint, man dürfe nicht vergessen, daß die amerikanische Finanzwelt zu eng mit der deutschen verbunden sei, als daß man im Augenblick den Schwierigkeiten im Reiche teilnahmslos gegenübersehen könne.

Keine deutschen Schritte in London.

Wie an zuständige englischer Stelle verlautet, sind die Gerichte von angeblichen deutschen Schritten bei der englischen Regierung hinsichtlich eines Moratoriums für die Leihzahlungen nicht zureichend.

In London haben keinerlei Botschaften in dieser Richtung stattgefunden. Man glaubt in London auch nicht, in absehbarer Zeit mit deutschen Schritten hinsichtlich einer Wenderung des Zahlungsverfahrens rechnen zu können.

Ein einseitiger Bericht.

Parter Gilbert meldet sich zum Wort.

Berlin, 21. Oktober.

Der Bericht des unter dem Damesplan amtierenden Generalagenten für Reparationszahlungen, der letzte von der Presse bekannt gemacht wurde, wird nun endlich der Öffentlichkeit übergeben. Er stellt in mehr als 100 Seiten ein umfassendes Durchnitt dar, das die Handhabung und Ausführung des Damesplanes zum Abschluß bringt.

Bemerkenswert sind vor allem die Schlussbetrachtungen. Darin heißt es: Reparationen seien nicht entrichtet worden, und die Aussichten auf künftige Zahlungen seien unbestimmt gewesen. Mit der Stabilisierung der Währung und der Annahme des Damesplanes sei der Wendepunkt in der Geschichte des Wiederaufbaues Deutschlands erfolgt, und in den darauf folgenden Jahren habe die deutsche Wirtschaft bemerkenswerte Fortschritte erzielt. Der Kredit Deutschlands sei im Inlande sowohl als auch im Auslande wiederhergestellt. Seine Industrien seien reorganisiert, seine Produktionsfähigkeit erneuert und die allgemeine Lebenshaltung wesentlich gehoben worden.

Der neue Plan stelle einen Akt des Vertrauens zu Deutschlands Treue und Glanzen, zu seiner finanziellen Solidarität dar, und Deutschland habe unversehrt unter eigener Verantwortung ohne Überwachung durch Ausländer und ohne den vom Damesplan gebotenen Transferschutz eine ganz bestimmte Aufgabe zu erfüllen.

Diese Feststellung Parter Gilberts kann leider nicht kritiklos hingenommen werden. Wenn Gilbert die Durchführung des neuen Planes völlig auf die deutsche Verantwortung abstellt, so hat der Reichsanwalt Brünning in der Regierungserklärung in der vorigen Woche im Reichstag darauf hingewiesen, daß die Sachverhältnisse seinerzeit vor allem erklärt haben, die Lösung des Tributproblems sei nicht nur eine Aufgabe Deutschlands, sondern eine Mitarbeit der Gläubigermächte liege im Interesse aller Beteiligten. Dieser Tatsache ist von Seiten der Gläubiger bisher leider nicht in genügender Maße Rechnung getragen worden.

Unter den neuen Verhältnissen, so fährt Gilbert dann fort, trägt Deutschland auf der einen Seite die volle Verantwortung dafür, daß aber auf der anderen Seite auch der normale Anstieg der Produktion in seine öffentlichen Finanzen zu bringen. Es könne keinem Zweifel unterliegen, daß auch dieses Problem, das jetzt das dringlichste ist, dem sich das deutsche Volk gegenüber sehe, einer Lösung auf gesunder Grundlage fähig sei, wenn alsbald auch nur geringfügig auf die Reform des öffentlichen Finanzwesens die gleichen Bemühungen verwendet würden wie die, mit denen man während der Periode des Damesplanes zur Erzielung des allgemeinen Wiederaufbaus der deutschen Wirtschaft nicht gepart habe.

Die Bauernnotbewegung.

Die ostpreussische Landwirte vor Gericht.

Königsberg i. Pr., 21. Oktober.

Dem Prozeß gegen die ostpreussischen Bauern, der vor dem Königsberger Schöffengericht begann, liegt folgender Sachverhalt zugrunde: Am 12. Juli fand in Willkallen die Zwangsversteigerung eines landwirtschaftlichen Betriebes statt. Tragi hatten sich zahlreiche Landwirte aus der ganzen Provinz eingefunden. Der einzige Bericht spricht von 500 Köpfen. Bei dieser an und für sich als summe bedeutenden Demonstration, die auch schon an anderen Orten stattgefunden hatte, kam es zu einigen erregten Ausbrüchen. Um die Überführung des Saates zu vermeiden, verlangte der die Versteigerung leitende Richter, die Zuschauer sollten auf den Hof gehen, man würde bei offenen Fenstern verhandeln. Schon bei dem Abdrängen der Menschenmengen auf den Hof

kam es zu Reibereien zwischen den Bauern und der Polizei, die nach Ausfrage der Landwirte äußerst scharf vorgegangen sei und eine erhebliche Nervosität an den Tag gelegt habe.

Auf dem Hof kam es dann zu Ausgebungen. Bei einem Zusammenstoß mit der Polizei machten die Beamten vom Gummihüpfel Gebrauch. Es wurden auch einige Verletzungen vorgenommen. Vier ostpreussische Landwirte wurden wochenlang trotz aller Proteste während der demgegenüberstehenden Unterbrechung. Von Regierungsseite werden die Zusammenstöße so dargestellt, daß die Polizeibeamten von den Bauern fälschlich angegriffen worden seien. Auf Seiten der Bauern wird auf die Nervosität der Polizeibeamten hingewiesen, vor deren unbegründeten Sieben man sich in Notwehr befinden habe. In die Vorformeln, die der Bauernnotbewegung nachfolgt.

Nach Aufbruch der Angeklagten bei Beginn der Verhandlung beantragte Rechtsanwalt Klüwe-Stallpöten Verhaftung oder Unterbrechung der Sitzung bis Freitag, da der Hauptverteidiger, Rechtsanwalt Dr. Quetzbrunn-Göttingen, noch beim Bombenlegerprozeß in Altona festgehalten werde. Nach kurzer Beratung teilte der Vorsitzende mit, daß das Gericht den Verhaftungs- oder Auslieferungsantrag abgelehnt habe. Das Gericht begann dann mit der Vernehmung des Angeklagten Rittergutsbesitzer von Waten-Schönborn, der zu nächst schilderte, wie es zur Gründung der Bauernnotbewegung kam.

Ostpreussische Landwirte vor Gericht.

Der zweite Verhandlungstag.

Königsberg, 22. Oktober.

Zu Beginn der Verhandlung erklärte der Vorsitzende, daß die Stellungnahme der Presse zur Prozeßöffnung stark übertrieben gewesen sei.

Sodann verlas er ein Telegramm Quetzbrunnens, der erklärte, daß er Donnerstag erscheinen werde. Darauf begann die Vernehmung der Zeugenvernehmung, in erster Linie von Vollrentierbeamten und Landwirten. Oberrechtsanwalt Herold erklärte, aus Verzierungen entnommen zu haben, daß die Zwecke des Bundes darin lagen, bei Versteigerungen die Bieter von Bieten abzuhalten. In einzelnen Fällen sei es gelungen, die Versteigerung zu verhindern. Goggan-Gumbinnen erklärte, der Prozeßfall der Landwirte bei denen es gehandelt werde, sei verhältnismäßig gering. Meistens handele es sich dabei um rückständige Steuern und Gerichtskosten, bei denen es zur Verzeigerung komme. Amtsvorsteher Leichert, ein Anhänger der Bauernnotbewegung, verneinerte auf eine Reihe von Fragen das Zeugnis und erklärte dann, Teilnehmer von Zwangsversteigerungen seien vorher zur Rente gehandelt worden. Rittergutsbesitzer Brausewetter-Bendleben, der die Verbindung der Bewegung mit der Presse aufgenommen. Zu der Versteigerung in Willkallen wußte der Zeuge nichts wesentlich Neues anzufügen.

Zur Organisationsfrage erklärte Brausewetter, es hätten einheitliche Ziele bestanden. Sodann kam es zu einem Zusammenstoß zwischen den Angeklagten von Platen und der Staatsanwaltschaft. Von Platen protestierte gegen die Fragestellung des Staatsanwalts der Angeklagten gegenüber, die ohne Verteidigung diesen Fragen nicht gewährt seien.

„Frontsoldaten aller Welt . . .“

Selbes vorläufige Antwort an Herod.

Famburg, 22. Oktober.

Auf einer Ausgebungen des Jung-Stahlhelm sprach Bundesführer Seidte. Er nahm Bezug auf die Artikel Herods, die sich mit dem Stahlhelm beschäftigten und die auch als eine Auswirkung des Kolbener Stahlhelmtages zu werten seien.

Selbte erklärte, der Stahlhelm werde sich mit seiner Antwort nicht begeben, sondern sich diese erst in Ruhe überlegen. Wenn aber die Welt endlich zur Einsicht komme, dann sei auch der Stahlhelm bereit, sich dieser Welt zu öffnen. Dann möge an Stelle des Wortes „Proletariat aller Länder, vereinigt euch!“ das künftige Wort lauten: „Frontsoldaten aller Welt, steht euch zusammen und ordnet diese verquastete Erde!“ (Beifall der Versammlung).

Der Redner kam sodann auf Preußen zu sprechen. Er betonte, der Stahlhelm fordere Preußen vom roten Margis mus zurück. Hierfür werde ein neues Volksbegehren vorbereitet. Weiter fordere der Stahlhelm die Auflösung des Preussischen Landtags und die Ernennung von Reichspräsidenten. Dieser müsse den Auftrag erhalten, Reichserbkönig zu betreiben oder abzuberufen. Man solle auch einmal Frontsoldaten in das Kabinett berufen, die nicht das M. d. R. hinter ihrem Namen hätten.

USA. und Weltkrieg.

Die amerikanische Außenpolitik im Jahre 1916.

Der Weg zur „Troden“legung.

Scharfer Rückgang des Trinkbranntweinsabfahes.

Berlin, 22. Oktober.

Die Reichsmonopolverwaltung hat den Ausweis über das vierte Vierteljahr des Geschäftsjahres 1929/30 vorgelegt.

Danach ergibt sich, daß der Trinkbranntweinsabfah der Monopolverwaltung einschließlich des Abfahes der abliefernden Brennereien 485 000 Hektoliter betrug, gegenüber 856 000 Hektoliter im Vorjahr. Das bedeutet einen Rückgang um 40 v. H.

Diese Entwertung des Trinkbranntweinsabfahes kann nicht ohne Rückwirkung auf den gesamten Geschäftsbereich der Trinkbranntweinmonopolverwaltung bleiben. Auch die Reichsfinanzen werden durch diese Minderung stark betroffen. Die Entwicklung zeigt, daß die an die letzte Erhöhung der Brantweinsteuer geknüpften Erwartungen sich nicht erfüllt haben, daß vielmehr statt einer Erhöhung der Einnahmen eine starke Minderung eingetreten ist.

Seelsorge in den Krankenhäusern.

Ein preussischer Erlass.

Berlin, 22. Oktober.

Die in den letzten Jahren unrichtige Krankenhausseelsorge ist in Preußen durch einen Beschluß des Staatsministeriums neu geregelt worden. Demnach werden die Krankenhausseelsorger bei Aufnahmen der Kranken die Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft festzustellen und zu vermerken, ohne daß auf den Kranken ein Zwang zur Beantwortung der Frage ausgeübt werden darf. Von einer besonderen Befragung des Kranken, ob er religiöse Betreuung wünsche oder nicht, ist abzusehen.

Den zuständigen Geistlichen ist auf Wunsch Einsicht in die Liste zu geben, in der diese Zugehörigkeit vermerkt ist. Zur Übernahme religiöser Sandlungen ist den Geistlichen zu Kranken ihrer Religionsgesellschaft Zutritt zu gestatten; zu diesem Zweck sind regelmäßige Besuche außerhalb der allgemeinen Besuchszeiten mit den Geistlichen zu vereinbaren.

Ohne Rücksicht auf diese Besuchszeiten ist der zuständige Geistliche jedoch sofort zu benachrichtigen, wenn bei einem Kranken Lebensgefahr vorliegt, und zwar auch dann, wenn der Kranke den Wunsch nach religiöser Betreuung nicht ausdrücklich geäußert hat.

Der brasilianische Bürgerkrieg.

Rückzug der Regierungstruppen.

London, 22. Oktober.

Starke Regenfälle haben die militärischen Operationen in Brasilien stark beeinträchtigt. Die „Times“ berichtet, daß die Regierungstruppen bei Florianopolis sich unter schweren Verlusten auf eine Insel zurückziehen mußten, wodurch sich ihre Angriffsmöglichkeiten auf die rechte Flanke des revolutionären Gegners verminderten.

Aus dem Lager der Aufständischen in Porto Alegre wird berichtet, daß die Aufständischen das elektrische Kraftwerk besetzt haben, von dem aus die Stadt Florianopolis beliefert wird. Das 14. Infanterie-Regiment ist aus dieser Stadt in Itajaí eingezogen und habe sich zu den Aufständischen geschnitten. Die Aufständischen befehlen ferner die Einnahme der Hauptstadt Victoria im Staate Espirito Santo, so daß dieser Staat nunmehr voll in ihrem Besitz sei. Eine englische Firma hat aus Sao Paulo ein Telegramm erhalten, wonach in der Stadt und in der Provinz alles ruhig ist.

Der Kampf der Ukraine.

Polens brutaler Nachschmitt.

Warschau, 22. Oktober.

Die Opfer der Massenverhaftungen, mit denen die polnische Regierung die geistigen Führer der Bewegung in der Ukraine auszuschalten versucht, sind in dem Gefängnis Brzany interniert. Sie werden dort auf das brutallste behandelt, ähnlich wie die in Brest-Litovsk zusammengepackten polnischen Gefangenen, auf die man mit diesen Methoden den stärksten Druck ausübt, um sie den zumutungen Pflichten gefügig zu machen.

An der Ukraine nehmen inzwischen die Gewalttaten gegen polnische Behörden und ihre Funktionäre den höchsten Fortgang; immer wieder gefangen, misshandelt und überleben, die den Polen willkommenen Anlaß zu Repressalien geben. Die Lage der Gefangenen in Brzany ist so verzweifelt, daß die Opfer der polnischen Willkür zu dem Abwehrmittelpunkt eines Hungertreits gegriffen haben. Fast 150 Gefangene beteiligten sich an dieser Demonstration und verlangten eine beschleunigte und objektive Untersuchung und Aburteilung. Da es in den meisten Fällen an nützlichen Schuldbeurteilungen fehlt, verzögert die Untersuchungsbehörde das Verfahren, um die Verhafteten weiter unter Druck zu halten und würde machen zu können. Die Kenntnis dieser Vorgänge trägt aber nur dazu bei, die Erbitterung der ukrainischen Bevölkerung in Opposition zu verwickeln, und so geht der nach außen hin kaum noch verhüllte Bürgerkrieg weiter und drängt zu immer schärferen Entschlüssen.

Aus dem In- und Auslande.

Dank des Kaisers von Japan an Hindenburg.

Berlin, 22. Oktober. Der Kaiser von Japan hat dem Reichspräsidenten durch ein in herzlichen Worten gehaltenes Telegramm seinen Dank für die freundliche Aufnahme zum Ausdruck gebracht. Die sein Bruder, Prinz Takamatu, und dessen Gemahlin bei ihm selbst kam bei der deutschen Regierung und dem deutschen Volk gefanden haben. Der Reichspräsident hat darauf dem Kaiser telegraphisch seine Gemütlichkeit über den Besuch des Prinzpaares zum Ausdruck gebracht und hinzugefügt, daß die Reichsregierung und das deutsche Volk in diesem Besuch ein sichtbares Zeichen der freundschaftlichen Beziehungen erblickt habe, die zwischen beiden Völkern bestehen.

Groener antwortet Odenburg-Januschau.

Berlin, 22. Oktober. Da infolge der Vertagung des Reichstages Reichswirtschaftsminister Groener nicht mehr die Möglichkeit hat, vor dem Reichstag die Angriffe von Odenburg-Januschau zurückzuweisen, so wird der Reichswirtschaftsminister Groener an dem Abgeordneten von Odenburg-Januschau einen Brief richten, in dem er auf die ererbten Angriffe antworten wird.

Aus der Heimat und dem Reiche.

Remberg, den 22. Oktober 1930

Wegunterhaltung und Haftpflicht der Gemeinden

Nach einer Mitteilung des Preussischen Versicherungsverbandes für Gemeinden und Gemeinverbände, ist es auffällig, daß in der letzten Zeit wieder zahlreiche Schadensfälle dadurch verursacht wurden, daß sich in den Wegen und Straßen große Schlaglöcher befanden. Wenn auch nicht verkannt werden soll, daß es bei der heutigen Finanzlage den Gemeinden schwerer wird, die Wege in einem wünschenswerten Zustand zu erhalten, so darf dennoch nicht übersehen werden, daß die Anforderungen der Gerichte hinsichtlich der Wegunterhaltung sehr streng sind und daß sich eine Gemeinde wohl niemals mit ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit wird entziehen können; denn die Gerichte stellen sich allgemein auf den Standpunkt, daß wenigstens die Mittel zur notwendigen Reparatur und Aufstellung von Warnungstafeln vorhanden sein. Daher ist auf die besonderen dem Motorradverkehr so gefährlichen Schlaglöcher und Quertritten in den Straßen zu achten.

Wie wir hören, hat gestern die Obduktion der Leiche des Sattlers Will Rutter aus Bergwitz stattgefunden. Ueber das Ergebnis derselben sowie über den Verlauf der weiterhin angeordneten Ermittlungen läßt sich zur Zeit noch nichts mitteilen.

Kommunisten in Gemeindevertretungen.

Das Vorgehen des Regierungspräsidenten in Merseburg, der, wie gemeldet, einige kommunistische Stadträte ihrer Ämter entziehen hat, beschränkt sich nicht nur auf die schon genannten Stadträte in Merseburg, Halle und Wittenberg, sondern auch auf die kommunistischen Magistratsmitglieder und kommunistischen Angehörigen von Gemeindevertretungen im ganzen Regierungsbezirk. Alle diese Beamten werden vorläufig ihrer Ämter entzogen unter Einleitung eines Disziplinarverfahrens mit dem Ziele der endgültigen Amtsenthebung. Ihren Grund findet die Maßnahme des Regierungspräsidenten darin, daß eine ganze Anzahl kommunistischer Funktionäre im Auge der Regierung unzureichend hat, der die Bevölkerung zur Steuererhebung, Steuerfreizug und Steuerfabrikation aufzureisen sollte. Die Amtsenthebung wird also für die Kommunisten endgültig nicht in Kraft treten, wenn sie diesen Anlauf unterziehen haben.

Demeter, Schriftführer des Reichstages.

Im 28. Präsidium des Reichstages, das sich aus dem Präsidenten, drei Vizepräsidenten und zwölf Schriftführern zusammensetzt, wurde neben drei Vertretern der Sozialdemokraten, zwei Vertretern der Nationalsozialisten, zwei Vertretern des Zentrums und je einem Vertreter der Bayerischen Volkspartei, der Christlich-Nationalen, der Wirtschaftspartei, der Deutschen Volkspartei, auch der Abgeordnete Demeter als Vertreter der Fraktion „Deutsches Landvolk“ zum Schriftführer gewählt.

Aufträge der Reichspost.

Um die von der Deutschen Reichspost schon bisher getriebene rationelle Vereinfachung der Aufträge weiter auszubauen und zu sichern, hat die Reichspost im Einverständnis mit der Ausgabestelle der Länder und den Landesausgabestellen in diesen Tagen eine beachtenswerte Neuregelung getroffen. Danach sollen die Oberpostdirektionen den für die zuständigen Landesausgabestellen mitteilen, welche Bedarfsgegenstände sie im allgemeinen laufend benötigen. Die Bedarfsgegenstände sollen dann in den Oberpostdirektionen die ihnen als leistungsfähig und zuverlässig bekannten Firmen zu benennen, die für die Ausführung der Aufträge in Betracht kommen, insbesondere solche, die an Auftragsmängel leiden. Ausgeprobenere Spezialartikel fallen zwar nicht unter diese Neuregelung, aber der sonstige Bedarf der Reichspost an Mobilien, Ausstattungsgegenständen, Büromaterial usw. ist so groß, daß die flüchtigere Neuregelung sich für die Länderverwaltungen günstig auswirken wird.

Ein Millimeter Regen.

Wenn bei einem Niederschlag so viel Wasser gefallen ist, daß dies auf einem völlig ebenen und undurchlässigen Boden eine Schicht von der Höhe eines Millimeters gebildet hätte, so sagt der Meteorologe: es ist ein Millimeter Regen gefallen. Dabei kommt eine recht beträchtliche Menge Millimeter jedoch bei einem Quadratkilometer nicht weniger als 1000 Tonnen ausmacht. Diese Millimetermenge entspricht dem Inhalt eines Würfels, der eine Seitenlänge von 10 Metern hat. Verteilt sich ein solcher Niederschlag auf eine längere Zeit, wie bei einem anhaltenden Andregen, so ist er harmlos und dem Landmann oft recht willkommen. Wenn aber in ganz kurzer Zeit eine Regenböhe von einem Millimeter erreicht wird, so bedeutet das einen Wolkenbruch, der ganz verheerende Folgen haben kann.

Zihornen-Golpa. (Tödlicher Unglücksfall.)

Im Tagebau 3 der Grube Golpa ereignete sich ein bedauerlicher Unglücksfall, dem der 47jährige Ripper August Schumann aus Zihornen, Golpaer Straße 6, zum Opfer fiel. Zu dem Unglücksfall wird uns mitgeteilt, daß sich am Tagebau 3 mit dem Kipper der Lohre beschäftigt war. Als die Hippovorrichtung einer Lohre heute früh nicht funktionierte, verfuhr der Beduenerworte mit einem Hilfsgegenstand die volle Lohre zum Kipper zu dringen. Dieweil der Schlag nun um und begrub dabei Sch. unter sich. Schumann war sofort tot. Der so früh ums Leben Gekommene ist verheiratet und Vater von sechs Kindern, von denen drei aus der Schule entlassen sind. Seinen schwer betroffenen Hinterbliebenen bringt man allseitig innigste Teilnahme entgegen.

Durchwehna, 18. Okt.

In einem hiesigen Gutshof erlebte man, als man am Morgen den Gänselall öffnete, eine recht eigenartige Ueberflutung; sämtliche Tiere zeigten sich in einer übertriebenen Dofolletierung. Spähabgöge hatten über Nacht den Gansen die Federn abgerupft. Die so entkleideten Tiere mögen in ihrem seltenen Anblick wohl einen recht komischen Eindruck auf den Beschauer gemacht haben.

Schwenfel, 18. Okt.

Ein ichöner Menstfreund, „Kapellmeister“ Max Wroß, der im Mai d. J. in unseren Ort kam und eine Musikkapelle gründete, ist seit etwa 10 Tagen von hier verchieden. Die Gründe seiner plötzlichen Nicht mehr da sind, wenn man sich etwas näher mit seinem Wirken in Schwemfel befaßt, Wroß ist ein alter Wittamwürter und kam aus Delitzsch, wo er ebenfalls eine Kapelle geleitet hatte. Er hatte sich in Schwemfel ein Haus gepachtet und verfuhr nun, junge Musikler heranzuziehen, die seine Kapelle darstellen sollten. Es gelang

ihm auch im Laufe der Zeit, 11 junge Leute fähig bei sich zu beschäftigen. Die jungen Musikler, die teilweise aus ganz ferien Gegenden stammten, wohnten bei ihm und wurden bei ihm beschäftigt, das heißt sollten beschäftigt werden, denn die Zustände, die bei Wroß geherrschten, sind einfach haarsträubend. Nicht selten kam es vor, daß die jungen Leute überhaupt nichts zu essen bekamen, daß oft mitleidige Ortsbewohner einspringen mußten. Genügend haben die jungen Leute zu dritt auf primitiven Holzgerüsten. Gage haben sie so gut wie überhaupt nicht erhalten. Wroß machte ebenfalls Schulden beim Fleischer, Bäcker usw. Als die Gage jetzt fällig wieder fällig war, schickte sich Wroß dem Zahler durch schleimige Flüche zu entziehen verstanden. Die 11 jungen Leute — anfängliche Kerle — waren völlig mittellos und mußten, um wenigstens nach Hause zurückkehren zu können, die Hilfe der Wohlfahrtsfürsorge in Anspruch nehmen. Sie sind am Donnerstag abgereist.

Koska (Kr. Bitterfeld). Schlagschiff der Diebe.

In den Schmeinfeld des hiesigen Bitterrucks wurde nachts ein Einbruch verübt und 23 schlafrichtige Gänse und 8 Enten an Ort und Stelle abgeschlachtet. Man nimmt an, daß es sich um eine Einbrecherbande handelt, die seit längerer Zeit die hiesige Gegend unsicher macht.

Nur noch zwei Regierungsbezirke in der Provinz Sachsen?

Halle. In der Zeitschrift „Reich und Länder“ werden von Ministerialrat Schmidt in Berlin Vorschläge zur Reform der mittleren Verwaltung, u. a. auch für das Gebiet der Provinz Sachsen gemacht. Diese Reform soll hauptsächlich auf die Verringerung der bisher 34 Regierungsbezirke auf 20. Das würde für die Provinz Sachsen den Verlust eines Bezirkes (Erfurt) bedeuten. Die Provinz soll nur noch von Magdeburg und Merseburg aus verwaltet werden. Zum neuen Regierungsbezirk Merseburg soll der Südteil des Kreises Alfeld und der Bezirk Erfurt ausgetrennt, dagegen der Kreis Bismarck dem Kreis Magdeburg zugeordnet werden. Der Verwaltungsbezirk Magdeburg würde dem alten Gebiet noch die Westprovinz von der Provinz Brandenburg und die Kreise Bielefeld, Danneberg und Wüdow von der Provinz Hannover sowie vom Kreis Alfeld (Reg.-Bezirk Hildesheim) Elbingerode umfassen.

Zusatz zum Zug überfahren

Motivmisset.

Am Bahnübergang an der Colbitzer Chaussee wurde das von der Käsefabrikantin Krummberg in Colbitz geleitete Zuluauto wahrcheinlich infolge Ueberhörens der Warnungsbegleits von einem Fabrikzug erfasst, etwa vierzig Meter weit mitgeschleift und vollständig zerkümmert. Am letzten Augenblick verfuhr Frau Krummberg, als sie des Zuges ansichtig wurde, durch Beugen von Wollgarn über die Schienen zu kommen, was aber nicht mehr gelang. Frau Krummberg und ihre Begleiterin, eine Frau G. Udenpennig aus dem Colbitz, konnten erst nach einfühliger Arbeit aus den Trümmern herorgeholt werden; sie sind jedoch verletzt. Auf sie kam mit dem Leben drohten dem Leben. Die Mutter der Frau Krummberg, die mit dem Wagen erst aus dem Krankenhaus geholt werden und vor dem hinteren Teil des Wagens saß, wurde auf einen Bader geschleudert und erlitt nur geringe Verletzungen.

Halle. Gufwerk stillgelegt.

Die Gufwerke Halle G. m. b. H. Böhm & Co. haben ihre Belegschaft vorläufig entlassen. Der Grund ist Mangel an Aufträgen und schlechter Eingang der aufbehaltenen Forderungen. Das Werk beschäftigte etwa 40 Mann. Die Wiederaufnahme des Betriebes ist unsicher.

Halle. Personalabbau bei Braunkohlenbergbau.

Der Personalabbau bei Braunkohlenbergbau ist in vollem Gange. Die Bergung des Personalrats hat, das bisher etwa 400 Personen stark war. Man will einige Nebenbetriebe, u. a. normal die Tischlerei, den Autobetrieb, die Autoshloßerei, wegen Unproduktivität stilllegen. Daneben ist eine Einschränkung des Betriebs geplant. Der Betrieb der Tischlerei soll nachteilig in eine andere Gesellschaft, die Mitteldeutsche Großhandels-Gesellschaft (Mitros), übergeführt werden.

Halle. Der Tarifvertrag im Braunkohlenbergbau.

Im Arbeitsvertrag der mitteldeutschen Braunkohlenbergbau angehenden fanden im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen über die von den Arbeitgebern beantragte Verbindlichkeitsklärung des kürzlich ergangenen Schiedsprungs statt. Eine Einigung wurde nicht erzielt. Die Entscheidung des Reichsarbeitsministers dürfte in der kommenden Woche zu erwarten sein.

Am die Reichsbahndirektion Leipzig

Die Auseinandersetzung über die Neuordnung der Reichsbahndirektionen in Mitteldeutschland und über die Grenzsetzung im Leipziger Gebiet ist in vollem Gange. Die im Januar ds. J. veröffentlichte Denkschrift des hiesigen Regierungsdirektors Dr. Giese mit ihrer grundlegenden Forderung nach einer für Westsachsen und für den Bezirk Halle-Merseburg einheitlichen Reichsbahndirektion Leipzig gewinnt in weiten Kreisen immer mehr Zustimmung. Die Stadt Leipzig, die Industrie- und Handelskammer Leipzig und die Gewerbetreibenden Leipzig haben sich erneut hinter die Denkschrift Dr. Gieses gestellt. In Südböhmen, insbesondere in maßgeblichen Kreisen von Plauen beginnt man aus der bisher wohlwollenden Reserve zu offener Zustimmung überzugehen. Sogar in Chemnitz vollzieht sich ein Stimmungsumschwung zugunsten dieser Forderungen. Auch die Sächsische Staatsregierung hat kürzlich erklärt lassen, daß sie die Forderungen Leipzigs nach einer eigenen Reichsbahndirektion nunmehr zu unterstützen geneigt ist.

Gerade zur rechten Zeit ist jetzt ein Nachtrag zu der bekannten Denkschrift vom Januar erschienen. Dr. Giese legt sich erneut auseinander mit der allgemeinen Abgrenzung von Direktionsbezirken, mit der Betriebsgröße der Direktion Dresden, mit der Zuteilung Sachsens an zwei Direktionen und mit der Berlegung des Direktionsbezirk von Halle nach Leipzig. Auf eine Auseinandersetzung mit den kaiserlich-rechtlichen Fragen hat Dr. Giese verzichtet, um nicht in die vor dem Reichsbahnmittel zu erwartende Auseinandersetzung zwischen der Sächsischen Regierung und der Deutschen Reichsbahngesellschaft einzugreifen.

Ein Denkmahl für einen in der Dörferschlacht gefallenen englischen Kapitän

Leipzig. Auf dem Friedhof in Taucha wurde im Beisein des englischen und des amerikanischen Konsuls sowie der Abgeordneten der deutschen und der englischen Armee der Gedenkstein für den in der Dörferschlacht gefallenen englischen Kapitän Bogue neu eingeweiht. Bogue war Kapitän des Königlich Großbritannien Regiments der reitenden Artillerie und Kommandeur der Congravate-Batterie. Er fiel am 18. Oktober 1813 bei den Kämpfen um Bismdorf die durch sein Einreiten zu einem glänzenden Siege für die

Verbündeten ausgetragen wurden. Die Feier wurde durch den englischen Kapellmeister eingeleitet. Geleitet von einem Trompeter der Kadetttruppe der Royal York Artillerie, die die Erinnerung an die Batteriebrigade der der englischen Armee aufrechtzuerhalten. Nach dem heiligen Kapellmeister sprach ein Mitglied des Sächsischen Schützenkorps, des Deutschen Artillerie Korps, Mr. B. A. L. der mitteilte, daß am gleichen Tag die Verdienste des Toten durch ein Festbankett in London gefeiert wurden. — Das Denkmahl, ein feiner Sandsteinblock auf einem Fundament aus rotem Porphyrt ist von Universitätsbaumeister Siesel entworfen und von Bildhauer Wagner-Perle ausgeführt worden. Es erhebt sich am Eingang des Friedhofs neben dem Grabmal des russischen Generals Mantuffel auf einem faden Erdbau.

Magdeburg. Todesfall.

Nach längerer Krankheit ist im Alter von 52 Jahren Generaldirektor Heinrich C e f f e r g von Burdach-Siedeln gestorben. Offers stand schon seit rund 25 Jahren an erster Stelle in der Kall-Industrie.

Dresden. Schwere Verletzung.

Ein schwerer Verletzungsunfall ereignete sich nachts auf der Chaussee nach Arzleben. Man fand zwei verunfallte Motorräder, von denen der eine bereits tot war, während der andere noch schwache Lebenszeichen von sich gab. Vermutlich ist der Fahrer des Motorrads, ein Sucher aus Borsdorf, wegen seiner vor ihm fahrenden Anhänger eines Lastwagens geprellt.

Dresden. Großfeuer.

In der Nähe des Weiserturns entzünd in einer Scheune ein Feuer, das sich schnell auf die angrenzenden Gebäude ausbreitete und nachherdem neun Scheunen, Ställe und Schuppen in Mische legte, auch eine Anzahl Vieh ist verbrannt. Es wird Brandstiftung vermutet. Der neuen großen Verbandsleitung ist es zu verdanken, daß, wie es bei früheren Bränden der Fall war, nicht in der ersten Nacht ein weiteres Stück des mittelalterlichen Stadtbildes zerstört wurde.

Goldberg (Kr. Stendal). Feuer in einer Brauerei.

In der hiesigen Niederlage der Stendaler Hanf- und Brauerei entzünd ein Schade Feuer, das sich außerordentlich schnell ausbreitete. Nur das Inventar konnte gerettet werden. Sämtliche Anlagen brannten bis auf die Grundmauern nieder. Als Brandursache wird die Hitzeausstrahlung eines Schornsteins bezeichnet, der durch Feuer ging und es entzündete.

Bürzung der Ministergehälter in Braunshweig

Braunschweig. Die Nationalsozialisten haben im Landtag drei selbständige Anträge eingebracht, in denen u. a. verlangt wird, das Grundgehalt der Ministerpräsidenten von 18 000 RM jährlich auf 12 000 RM jährlich herabzusetzen; außerdem sollen die Ministerpensionen aufgehoben werden.

Der Nachverlester Nordprose

Im weiteren Verlauf des Prozesses gegen Koch gibt der Angeklagte eine ungenaue Erklärung über seinen Aufenthalt während der Zeit, in der der Mord geschah. Diese Frage wird erst durch weitere Zeugnisaussagen geklärt werden können. Nachdem Kriminalkommissar Kluge in Magdeburg, der die ersten Ermittlungen führte, vernommen worden war, gibt der einzige Zeuge, der angeklagt und freigesprochen wurde, der praktische Arzt Dr. K e d i n g, eine eingehende Darstellung der Vorgänge. Während seiner Aussage verneint der Zeuge die von dem Vorliegenden an ihn gerichtete Frage, ob er den Schuß auf Kramer abgegeben habe und erklärte auf weitere Fragen, daß er mit Kramer nur einmal über dessen Lebensversicherung in Höhe von 100 000 RM gesprochen hätte, der einzige Zeuge K u e b e r schied dann, daß Kramer bei der Belegschaft wegen seiner Verbindungen wenig beliebt gewesen sei, einen bestimmten Verdacht in Bezug auf den Täter habe er nicht. Frau Kramer erlog aus, daß ihr Mann öfter von gegen ihn gerichteten Drohungen gelitten habe, und daß dabei der Name Koch gefallen sei. Der Hausarzt von Dr. Kramer, Dr. K a u s c h e n b u s c h - F o z e, erklärt, daß etwa zwei Wochen nach dem Mord ein Patient zu ihm gekommen sei, der ganz verstorbt und vermerkt gewesen wäre und dessen Abkühlungen er eintrommen habe, daß der Patient mit dem Mord in Zusammenhang liege. Dr. Kaushenbusch stellt fest, daß es aber nicht der Angeklagte gewesen sei, den Namen des Patienten zu nennen, müsse er unter Beratung auf seine ärztliche Schweigepflicht verweisen. Das Gericht zieht sich darauf zur Beratung zurück.

Der zweite Verhandlungstag begann mit einer aufsehenerregenden Mitteilung des Rechtsanwalts B r a u n - M a g d e b u r g. Er verlas einen Brief vom 18. Oktober, der ihm am 10. Oktober in Braunschweig zugegangen ist. In dem Briefe ist eine anonyme Briefschreiber den Rechtsanwaltschaft, alles aufzuklären, um einen Justizmord zu verhindern. Der Schreiber habe Kramer mit einer Mauerpistole erschossen. Neue über seine Tat empfinde er nicht. Mit vielen Hunderten von anderen Arbeitern sei auch er durch Kramer ins Elend geführt worden und habe mit seiner Familie monatelang gehungert.

Der Staatsanwalt beschränkt diesen Brief als eine Diffamierung, da die in dem Brief enthaltenen Angaben nicht stimmen. — Das dann vernommene Ehepaar K u e b e r f o z e sagt aus, daß Frau Koch ihnen gegenüber erklärt hätte, sie werde ihren Mann dahin bringen lassen, von wo er vorläufig nicht wiederkomme, er hätte Kramer erschossen; das Gedebrühe läge im Mißbraten. Frau Koch schied darauf ihr Eheleben mit dem Angeklagten, sie sei sehr oft von ihm gefoltert worden und er hätte sie einmal im Zeit erstickten wollen und ein anderes Mal hätte er ihr mit einem Raiermesser den Hals abschnitten wollen. Koch hätte ihr außerdem angedroht, sie in die Genußgrube zu stoßen. Einer ihrer Söhne hätte einmal einen Zettel gefunden, auf den Koch geschrieben hätte, er wolle seine Tochter erschließen. Die Zeilangaben, die Frau Koch für den Mordtag macht, werden wiederum als nicht zutreffend bezeichnet. Am Mordtag hätte sie mit dem Essen warten müssen, da Koch nicht, wie üblich, zur rechten Zeit gekommen sei. Als er schließlich kam, hätte er sich den Schwelb abgewischt und eine Erklärung über sein Späterkommen verweigert.

Burg. Ein neuer Industriegewerkschaft.

Die Berufsgenossenschaft von Rudolph Karstadt & Co. die hier errichtet wurde und die einhundert Zwölf Beschäftigten bieten wird, ist jetzt in Betrieb genommen worden.

Watersdorf in Magdeburg

Magdeburg bei Stendal. Der 43jährige Arbeiter Otto B o r c h e r wurde Montagfrüh vor seiner Wohnung mit einer Schußwunde tot aufgefunden. Seine beiden Söhne im Alter von 27 und 19 Jahren haben bei der Besichtigung der Wunden Selbstmord verübt. Nach eingehendem Verhör a f f a n jedoch der ältere Bruder, den Vater e r s c h o s s e n zu haben, da er die Mutter und die sieben Kinder in betrunkenem Zustand dauernd bedroht und drangaliert habe. Besonders in der letzten Nacht ist es zu heftigen Auftritten gekommen. Der alte Borchert war auch als Alkoholiker und gewalttätiger Mensch bekannt, während die beiden Söhne als fleißige Arbeiter gelten.

**Krieger- u. Landwehrverein
Kemberg.**

Sonnabend, den 25. Oktober, abends punkt
8 Uhr im Hotel „Blauer Hecht“

Die Tochter des Regiments
Militärisches Lustspiel mit Gesang in 3 Akten.
Nichtmitglieder haben nur mit Eintrittskarte Zutritt.
Der Vorstand.

Volkswohl-Lose

für soziale und kulturelle Zwecke
Einzellos 1.— Mk. — Doppellos 2.— Mk.
Ziehung: 11. bis 18. November 1930
2 Hauptgewinne Zwei: vollständig eingerichtete Landhäuser
im Werte von je 50 000 Mk.
Gewinne im Werte von 430 000 Mk.
Zu haben bei
Richard Arnold, Buchhandlung, Leipzigerstr.

Morgen Donnerstag
früh 7 Uhr
Speck-Ruchen
Bacchobit
gibt ab Mattheß, Bäckerei
Prima junge

**Maifgänse
und Maifenten**
frischgeschossene Hasen
gefreit oder auf Wunsch
gepickt

empfehlen
A. Thamm, Bergwitz.
Telefon Amt Kemberg 289
Gleichzeitig empfehle ff. weiße
Gänsefedern

Rübenkraut
gibt ab
Scheibe, Pannigau.

**Koenig's
Kursbücher**
Winterfahrplan
zu haben bei
Richard Arnold, Buchhandlung



**Seifix wäscht u. bleicht
unerreicht**

Waschen Sie nur mit Dr. Thompson's Seifenpulver, geben Sie der Waschlauge 1 Paket Seifix zu, ebenso zum Klarspülen dem ersten heißen Spülwasser. Der Erfolg — frischduftende, blütenweiße Wäsche — bereitet Ihnen Freude.

Seifix
wird hergestellt in den
Fabriken von Dr. Thompson's Seifenpulver
G. m. b. H., Düsseldorf, Herstellerin der guten Schwan-Fabrikate

4 öffentl. Vorträge

im
Café Bremer, altes Brauhaus, über
**„Weltkrisis und
ihr Ausgang“**
1. Vortrag: Donnerstag, den
23. Oktober, abends 8 Uhr
Zusammenbruch der abend-
ländischen Kultur od. Aufstieg
Eintritt frei!
Redner **G. Schwerde.**

Waldhaus Niemitz.
Sonntag, den 26. Oktober
**Einweihung
der renovierten Räume**

Der
Stahlhelm
Bund der Frontsoldaten
Freitag, den 24. Oktober,
abends 7/9 Uhr im „Baldbaum“
Versammlung
(Bericht über den 11. Reichsfront-
soldatentag in Gobleng.)
Erscheinen aller Kameraden erwünscht
Der Ortsgruppenführer

10
Jahre

Schützenhaus Lichtspiele
Anlässlich des 10-jährigen Bestehens unseres Theaters veranstalten wir
Freitag und Sonntag abends halb 9 Uhr
eine
Fest-Vorstellung.
Jahrelangen Wünschen aus den Reihen unserer werten Besucher nachzukommen, haben wir
uns entschlossen, zu genannten Tagen nochmals den gewaltigen
Monumental-Prunkfilm
„Das indische Grabmal“
in vollkommen neuer Fassung zu zeigen.
Der Welt größter Film von Joe May nach dem berühmten Roman von Thea von
Harbou soll nun auch der jetzigen Generation, denen es damals nicht gestattet war
dies Prachtwerk zu sehen, Gelegenheit gegeben werden, diesen gewaltigen Film zu bewundern.
Niemand darf dieses Ereignis versäumen! Muß jeder sehen!
Gutgewähltes Besiprogramm.
Als Extra-Einlage persönlich auf der Bühne **„Eisenkönig Barus“** mit seinem voll-
kommen neuen Sensationsprogramm.
Trotz großer Kosten 1. Platz 1.00 Mk. 2. Platz 80 Pfg.
Jeder Besucher erhält einen Gutschein über 30 Pfg. für die nächste Vorstellung.
**Sonntag
nachmittag 3 Uhr: Kinder-Vorstellung** Eintritt
30 Pfg.

Ferkel

sind zu verkaufen
Kreuzstraße 10
Ferkel
hat zu verkaufen
Wilhelm Schmidt,
Wittenberger Neumarkt 23

Gicht- und Rheumatrante!
können sich von ihrem qualvollen
Leiden befreien durch Carl Babers
Dininalgabe. Seit Jahrzehnten
1000fach bewährt bei Gicht,
Rheuma, Ischias, Nervenleiden,
Schmerzstillend u. heilend Wir-
kung überaus groß. Zahlreiche
Dankschreiben von Geheilten.
Preis 1,50 u. 3.— RM.
Apothekel. Kemberg.
Apothete Bad Schmiedeburg.

Auch Sie
müssen unbedingt einen Ver-
such mit meiner
10 Pfg. Sandblatt
Zigarette gemacht haben.
Sehen Sie sich bitte
mein Spezial-Schaufenster an
J. G. Glaubig

Hotel „Blauer Hecht“
Sonntag, abends 8 1/2 Uhr
Und wieder ein großer Doppelspielplan!
Der beliebteste und brillianteste Sportsmann ist wieder
einmal da. **Richard Talmadge**, der beste Akrobat
des Filmes in seinem neuesten Sensationsabenteuer
Die geheimnisvolle Stunde
Ein aus dem Leben gegriffener Großfilm
So ist das Leben
(Muß es so sein?)

Gelegenheits-Geschenke
empfehlen in reicher Auswahl billigst
Richard Arnold, Leipziger Strasse 64

Prima fettes
**Rindfleisch und
frische Flecke**
empfehlen **Graß Bachmann**

Zahn-Atelier
Fr. Genzel
Dentist.
Vollst. schmerzlinderndes
Zahnziehen
Plombieren in Gold, Silber
und Kupferamalgam
Anfertigung künstlicher
Zähne in Kautschuk, Gold u.
unedlen Metallen, sowie
Kronen, Brückenarbeiten
und Stützähne.
Reparaturen werden schnell-
stens ausgeführt.

Reise-Koffer
in verschiedenen Grössen und Ausführungen
Richard Arnold, Leipziger Straße

Radfahrer-Verein „Dentonia“, Gommlo
veranstaltet am
Sonntag, den 26. Oktober ein
Kränzchen
wozu freundlichst einladet **Der Vorstand.**

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke, die
uns zu unserer Vermählung dargebracht wurden, sagen
wir hierdurch allen unseren
herzlichsten Dank.
Kemberg, den 22. Oktober 1930.
Karl Quinque und Frau
Martha geb. Müller



Riesentatastrophe im Rheinland.

Grubenbetriebsgebäude durch Explosion in die Luft geschoßen. — Etwa 100 Tote und 60 Verletzte. — Erst die eingeschlossenen Bergleute keine Gefahr.

Misdorf, 22. Oktober.

Im Wilhelm-Schacht der Grube Anna des Schwelmer Bergwerkes in Misdorf ereignete sich ein furchtbares Unglück. Eine Stichtlampe, begleitet von riesigen Rauchwolken, schob aus dem Schacht hervor. Zwei Förderkörbe stürzten in die Tiefe. In kurzer Zeit war der Schachtaufbau dem Erdboden gleichgemacht. In der Nähe der Unglücksstelle stürzten mehrere Häuser ein. Bis auf eine weitabgelegene Straße zertrümmerten sämtliche Fensterhebeln. Ein schweres Rollen, einem Erdbeben gleich, machte sich bemerkbar. Der Umfang der Katastrophe ist bisher noch nicht zu übersehen. Nach den letzten Meldungen wurden 40 Tote gezählt. 30 zum Teil Schwerverletzte sind im Badenerberger Krankenhaus untergebracht. Die Eisenbahnstrecke Herzogenrath—Stollberg ist gesperrt.

Der erste amtliche Bericht.

Das zukünftige Oberbergamt in Bonn gibt über die Katastrophe folgenden amtlichen Bericht heraus:

Am Dienstag morgen um 7.30 Uhr ist auf Grube Anna II in Misdorf bei Aachen eine starke Explosion eingetreten, durch die das Schachtgerüst und die angrenzenden Betriebsgebäude zerstört oder stark beschädigt worden sind. Die vorausichtliche Ursache ist die Explosion des Hauptbreitengangsflözes an der 252-Meter-Sohle. Die Zahl der Verunglückten ist bisher nicht festgelegt werden können. Die Rettungsarbeiten der Nachbargruben und der Hauptrettungszentrale Aachen, ebenso die Sanitätskolonnen und Feuerwehren der Umgebung sind zur Stelle. Die bergbehördliche Untersuchung ist im Gange.

Die Zahl der bisher geborgenen Toten hat sich auf 40 erhöht. Man vermutet, daß an der Unglücksstelle selbst, zu der man bisher noch nicht hin vordringen können, noch einige Tote geborgen werden. Die Zahl der Verletzten hat bisher noch nicht annähernd festgelegt werden können, da ein größerer Teil Verletztener sofort seine Wohnungen aufgegeben hat.

Die bisher eingeschlossenen Bergleute sind durch die Nachbarschaft bereits unter Schutz genommen, so daß also für sie keine weitere Gefahr mehr besteht. Es sind nur noch einige Bergleute eingeschlossen, jedoch ist eine Gefahr für diese Leute nach Mitteilung des Schwelmer Bergwerkes nicht vorhanden.

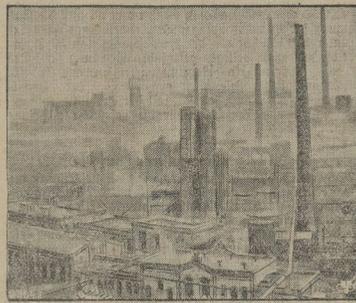
Die Weiterführung auf den einzelnen Sohlen ist in Ordnung. Man nimmt an, daß nur diejenigen Leute verunglückt sind, die in der Nähe des explodierten Sprengflözes gearbeitet haben.

Was das Grubenrisikofürsamt sagt . . .

Von dem Vorhinein des Preussischen Grubenrisikofürsams wird erklärt, daß auf dem Misdorfer Unglückschacht bereits alle Maßnahmen getroffen worden sind, die zahlreich in den tieferen Sohlen arbeitenden Bergleute in Sicherheit zu bringen. Die umliegenden Gruben sind bereits geräumt. Mehrere Rettungstrupps sind in den Unglückschacht eingedrungen.

Nach menschlichem Ermessen besteht für die noch untertage befindlichen Bergarbeiter keine direkte Gefahr, zumal selbstverständlich auch in Aisbort mehrere Ein- und Auslassschächte vorhanden sind.

Die Grube Anna hat im vergangenen Jahr 1,3 Millionen Tonnen Kohle gefördert, das sind etwa 35 Prozent der Gesamtförderung des Schwelmer Bergwerkes oder mehr als ein Fünftel der Gesamtförderung des Aachener Bezirkes.



Die Grubenkatastrophe bei Aachen.

Die Annahme in Misdorf, wo infolge einer Dynamitexplosion 680 Arbeiter eingeschlossen wurden. Bisher sind 40 Tote geborgen worden.

Ein Augenzeugenbericht.

Ein Bergmann, der gerade von der Nachtschicht kam, und Augenzeuge des schrecklichen Unglücks wurde, erklärt, daß die Wirkung der Explosion geradezu verheerend gewesen sei. Ein furchtbarer Knall drönte plötzlich durch den ganzen Ort. Eine riesige Stichtlampe, begleitet von dunklen Rauchwolken, schob aus der Erde, Mauerlücke, Dachziegel, Fensterhebeln, Balkenstücke flogen umher und fielen fast ohne auf die Straße. Aus den Häusern stürzten in furchtbarer Quantität die Menschen und eilten sofort an den Ort des Unglücks.

Da kamen auch schon die ersten verwundeten Bergleute und Angehörigen mit blutenden Gesichtern unter den Trümmern des eingestürzten Betriebsgebäudes hervorgetreten. Die ganze Schachtanlage sowie der Fördertrum glichen einem einzigen Trümmerhaufen. Feuerwehre, Sanitätsmannschaften und Polizei waren alsbald zur Stelle und begannen mit der Bergung der Toten und Verwundeten. Bis gegen 10 Uhr waren schon annähernd 25 Tote unter den Trümmern hervorgeholt und mehr als 50 Verletzte dem Krankenhaus überliefert.

Wie groß die eigentliche Wirkung der Explosion ist, läßt sich erst ermitteln, wenn die Rettungsmannschaften an den Herd der Explosion herangekommen sind. Zur Zeit des Unglücks waren hier viele Bergleute unter der Erde. Falls die sämtlichen Stollen eingestürzt sind, wird die Zahl der Toten sehr erheblich sein, man hofft jedoch, den größten Teil der Bergleute lebend ans Licht bringen zu können.

Es steht fest, daß das Unglück das größte und schwerste Grubenunglück ist, das das Ruhrgebiet bisher betroffen hat.

Die ganzen Anlagen der Grube Anna II gleichen einem großen Trümmerfeld. Säulen, Mauerlücken und Dachziegel sind größtenteils zusammengestürzt oder sehr schwer beschädigt worden. Unter dem Strohhaus befand sich ein Benzollager, das explodiert ist. Im Gebäude waren 30 Beamte, von denen 2 tot geborgen wurden; sehr viele wurden verletzt. Man vermutet, von Grube Anna I aus, die mit dem Explosionsherd durch einen unterirdischen Gang verbunden ist, an die Unglücksstätte heranzutreten.

40 Tote, 60 Verletzte.

Nach einer Bestimmung der Verwaltungen des Schwelmer Bergwerkes sind bisher 40 Tote und 60 Verletzte geborgen worden. Mit den auf der 450-Meter-Sohle noch eingeschlossenen Bergleuten besteht telefonische Verbindung. Die Verhüllten haben sich auf Anruf als noch lebend gemeldet. Rettungskolonnen dringen von den Nachbarschächten zur Unfallstelle vor und hoffen, die noch eingeschlossenen Kameraden bald befreien zu können.

Am Eingang zur Schachanlage spielen sich ereignende Szenen ab. Weinende Frauen warten auf Nachricht von ihren Männern, Mütter fragen unausgesetzt nach ihren Söhnen.

Die bisher geborgenen Verletzten wurden zunächst dem Knappschaftskrankenhaus in Badenberg und den Krankenhäusern der umliegenden Dörfer insgesamlt. Verletzte und Sanitätspersonal sind in überreicher Zahl an der Unglücksstelle erschienen. Quantitäten sind auch die Rettungsstellen von Zeichen des Ruhrgebietes und der Haupt-Rettungszentrale in Essen eingetroffen.

Von den Verletzten, die sich zuerst des Unglücks im technischen Büro ausließen, das bekanntlich durch die Explosion zerstört wurde, sind drei Personen getötet worden.

Eine genaue Uebersicht über die Zahl der noch eingeschlossenen Bergleute konnte bisher nicht beschafft werden, da sich viele, nachdem sie über die Nachbarschächte wieder Zugang bekommen sind, sofort nach Hause begeben haben.

Frauerkundgebung im preussischen Landtag.

Bei Eröffnung der Sitzung des Landtages gedachte Präsident Barthelemy der Explosionskatastrophe in Misdorf bei Aachen. Er brachte die Teilnahme des Landtages für die von dem Unglück Betroffenen zum Ausdruck. Die Abgeordneten hatten sich während der Worte des Präsidenten von ihren Plätzen erhoben.

Misdorf, 22. Oktober.

Die Vermaltung der Grube Anna 2 hatte, sobald die erste Berührung und Hinfestigung es zuließ, die zu Tage gebrachte Mannschicht zählen lassen und festgestellt, daß auf den Leitern des Unglückschachtes vier Mann auf die 250-Meter-Sohle heraufgeliegen waren. Bis 4.30 Uhr nachmittags waren auf der Grube Anna 1 144 Mann, auf Grube Anna 2 80 und auf Grube Wolf 178 Mann der Belegschaft von Anna 2 ausgehoben. Vor der Zählung waren schon mehrere andere Leute ausgehoben und hatten sich nach Hause begeben. Durch den Westdeutschen Rundfunk ließ die Verwaltung um 4.10 Uhr nachmittags alle Mann der Belegschaft, die sich nach Hause begeben hatten, auffordern, sich zu melden. Bis 4.30 Uhr nachmittags waren schon 26 Mann dieser Aufforderung gefolgt. An Toten sind bis jetzt geschätzt 40, an Verletzten 60, in der Gesamtheit aus dem Verwaltungsverzeichnis 19, aus der Grube zu Tage gebrachte 12. In den Krankenhäusern Badenberg und Schwelmer sind vier Verletzte gestorben, zu dem bis 4.30 Uhr festgelegte Gesamtzahl der Toten 35 beträgt. In den Krankenhäusern Badenberg und Schwelmer befinden sich noch 72 Verletzte. Eingehoben waren 667 Mann und nach der Bergung der 422 ungefährig festgestellten sind immer noch über 200 Mann eingeschlossen.

Ueber die Aussichten zu ihrer Bergung kann noch nichts gesagt werden, weil die Stellen teilweise eingestürzt sind.

Soweit sie noch bestehen, konnte ihnen bereits eine Stunde nach dem Unglück wieder Luft zugeführt werden. Wegen Mangel war auch die Wasserzufuhr wieder betriebsfähig.

Keine Sprenglochkolonne

Schon früh am Vormittag war es einem Betriebsführer und später auch einem Beamten der Bergaufsichtsbehörde und einem Direktionsmitglied gelungen, von Grube Anna 1 nach Anna 2 durchzugehen und bis zum Unglückschacht selbst vorzudringen. Sie konnten aber keine Anhaltspunkte über die Ursache der Katastrophe feststellen. Alle Annahmen über Kohlenkauf, Sprenglochkolonne und Schlagmutterentzündung sind auf weiteres höhere Vermutungen. Richtig ist, daß das Sprenglochkolonne auf der 30-Meter-Sohle, das allgemein als Herd der Katastrophe galt, noch unversehrt vorgefunden wurde.

Gerüchte über Unfälle, die den Rettungsmannschaften zugehört sein sollen, sind unzutreffend. Außer vorübergehender Schwächung ist keinem Mitglied der Rettungsmannschaften etwas zugefallen. Anzüglich sind auch Rettungsmannschaften von der Ruhr und von Mieberstein an der Unglücksstelle eingetroffen. Die Mannschaft der Zeche Rhein-Elbe auf dem Ruhrrevier ist um 3 Uhr nachmittags eingetroffen; zur Stelle sind außerdem noch Mannschaften der

„Auf schwankem Grund.“

Roman von S. Abt.

47. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)
Ein flottes Gesplauder war im Gange. Rudolf Dabinger war bewundernswürdig. Er machte sich zum Herrn der allgemeinen Unterhaltung, war witzig und amüsan, brachte zum Lachen und verstand es, eine ganze Weile, darüber hinwegzuführen, daß das Brautpaar hartnäckig vermieid sich anzusehen, und daß noch kein Wort zwischen den beiden gefallen war.

„Warum sind Sie denn so still?“ sagte er einmal Frau Wellbach. — „Ist Ihnen nicht wohl?“
Noch bevor Edith antworten konnte, bog sich Dabinger über den Tisch zu ihr und rief:

„Doch ich, die Kopfwehmen, werden sich doch nicht ändern wieder? Du solltest ein paar Minuten an die frische Luft gehen. Felix wird sich ein Vergnügen daraus machen, dich zu begleiten.“

„Ganz gewiß,“ sagte Rahms und machte eine hastige Bewegung aufzustehen. — „wenn meine Begleitung erwünscht ist.“

Ein paar Minuten sah Edith mit gesenktem Antlitz da. Dann erhob sie sich langsam und ohne ihn anzusehen, sagte sie leise:

„Ja, Komm.“

Rahms war bereits aufgesprungen und auch Edith kam um den Tisch herum und sah Ediths Hand.

„Komm“ munter wieder. „Hörst du wohl?“

Der heimliche Druck der väterlichen Hand tat ihr weh und das scharfe Zucken in seinem Bild sprach zu ihr:

„Hörst du wohl, ich befehle es dir.“

Edith und Rahms wandten sich an den in den saumtägigen promenierenden Paaren vorbei zu den einsamen Beeten an. Sie hinkten, immer schwerer.

Wie sie die schimmernde Wasserfläche vor sich sah, blieb Edith stäubend stehen. Wieder ein See und dort drüben von leisen Rudererschlägen getrieben ein Boot,

in dem zwei saßen, die sich in dieser Stunde vielleicht auch zueinander fanden — auf schwankem Grunde.

Sie preschte die Hände auf das in schmerzhaften Schlägen hörende Herz, und was während des schwachen Wessens in ihr geredelt, führte sie von den Lippen.

„Ich kann ja nicht weiter, Felix, und ich will ja nicht weiter. Dieses Herz geht über meine Kraft, denn mit ihm ziehst du mich wieder herab. Für das was nur dich und mich angeht, nimmst du dir Helfershelfer, die alles bequemer gestalten, die den Ernst zur erbärmlichen Farce machen! Das ist feig!“

„Du!“
„Sie wirst nicht zurück vor dem Drohen in meinem Bild.“

„Ja, es ist feig, denn es ist unmöglich, und alle Unwahrheit ist Feigheit. Daß du nicht festhältst, wie es in mir aussieht; es ist nicht die Komödie an sich selber, aber wie sie zu all dem anderen stimmt. Ich finde mich ja nicht mehr in dir zurecht. Und du bildest mir nicht, ich will mich doch nicht von dir verlieren. Aber auf dem Wege dich müßte ich dazu kommen, das weiß ich.“

„Ich darf ja nicht weiter. Und wenn du mit nicht festhalten willst — dann weiß ich mir keinen anderen Rat, als daß wir eine Zeitlang auseinander müssen, bis ich den Boden wieder habe, auf dem du fest in mir ziehst.“

„War sie denn ganz und gar von Sinnen? Ihre letzten Worte kamen ihm so absurd vor, daß er in ein beifühendes Lachen ausbrach.“

„Was ich wieder fest in die steche — also eine Art nachträglicher Besenheit mit gegenüber? Ne, Schach, nach einer adoniamatischen Verlobung wurde dieses Intermezzo für mich Festhalten denn doch zu niederdrückend. Und ob ich dir darin entgegenkomme — lieber gleich an der Stelle das Liebesloos für alle Zeiten.“

„Da — er hatte richtig taxiert, wo er seinen Vorteil über sie gewinnen konnte! Ihre stolze Festigkeit wich bestürzter Bewegung. In ihren Zügen war Bangen und Flegen.“

„Nun — hättest du dazu den Mut?“

Ein Liebesloos für alle Zeiten — ob sie dazu den Mut hätte? Zu dem glücklichen Waller hinüber irrte ihr Bild. Warum hette er sie nicht gefragt, ob sie den Mut hätte, sich dort hinzuzusetzen, das Ende zu machen für alle Zeiten? Ihre Glieder zitterten, ihre flüchtigen Blicke besteu.

Auch er fühlte sich seltsam angegriffen. Der lächerliche Gedanke, sie hätte sich von ihm trennen wollen, rief ein leidenschaftliches Begehren in ihm hervor; dabei tat sie ihm leid, weil er sah, daß sie wirklich litt. Nicht wahr er an sie heran. Sein Ton klang nachlässig, wie man etwa der Unvernunft eines törichten Kindes entgegenkommt.

„Du bist ja krank, Edith, deine Nerven sind total überreizt. Die lange Verlobungszeit ist dir schädlich bekommen. Und — nun ja, 's ist im Grunde auch ein Unbina, so ein Halbzustand, nicht richtig, nicht falsch.“

„Wirklichkeitslose und Unzulänglichkeiten, müssen ja dabei zutage treten. Wenn zwei einmal meine, nicht voneinander lassen zu können, dann sollten sie auch vom Fleck weg heiraten. Des unvermeidlichen gegenseitigen Wohlwollens kommt dann in der Ehe leicht und flüchtig genug von selbst. Dann mache ich dir einen Vorschlag, Edith, aber den ich jetzt getrennt nachgedacht habe. Was brauchen wir denn mit dem Verloben zu warten, bis meine Bauten fertig sind. Leere Wohnräume gibt's malenkenst. In vierundzwanzig Stunden richtet herantage ein Tapezierer die Wohnung neu her — und in vier Wochen sind wir beide Mann und Frau.“

Felix hatte sich allmählich in hellen Eifer hineingeworfen. Felix hatte sich allmählich in hellen Eifer hineingeworfen. Felix hatte sich allmählich in hellen Eifer hineingeworfen.

„Nun hab er Edith mit seinem bedrückenden Blick an, als hätte er ihr ein Geißel entgegen, nach dem er unbedingt mit beiden Händen greifen möchte.“

„Doch sie wußte von ihm zurück, als sei das, was er ihr bieten wollte, ein Schredenswort. In vier Wochen keine Frau — mit diesen Zweifeln, diesem Wirrwahl in sich hin mit ihm zum Altar?“

(Fortsetzung folgt.)

Jede Sopha-Tafel in Hütelschalen und der Jesse Friedrich-Heinrich in Meers. Die einheimischen Retungsmannschaften hatten den Hilfsdienst sofort mit 50 Geräten bei wachsender Mannkraft aufgenommen. Durch Selbsthilfe haben sich an einer Stelle 14 Mann retten können. Zwischen einem niedergefallenen Stollenfund hatten 15 Mann eine Lücke mit ihren Säcken gestopft, um das Einbringen der Brandgase zu verhindern. Von diesen fanden die Rettungsmannschaften 14 Mann noch lebend vor. Einer konnte bei geborgenen werden. Einer Nichtfeststellung bedarf die Nachricht, daß unter dem Verwaltungsgelände ein Benzollager explodiert ist. Ein Benzollager befindet sich, wie von maßgebender Seite mitgeteilt wird, nur auf der Kotei und ist unversehrt.

Bis 19 Uhr wurden 50 Tote einschließlich der 19 Toten des Ueber-Lage-Betriebes geborgen. Zur Zeit liegen 70 bis 75 Verletzte im Krankenhaus Hardenberg und 6 im Krankenhaus Schweller.

Die Bergung der Toten und Verletzten ist noch im Gange. Sie ist stark erschwert durch die Beschädigung des Kabels zu dem elektrisch betriebenen Windfahnen, der nur von der 400-Meter-Sohle zur 300-Meter-Sohle geht. Das Kabel ist zwischen wieder ausgespart worden, so daß die Windfahnen die Seilfahrt zur Bergung der Verletzten und Toten nun aufgenommen werden kann. Bergbaupräsident Schüller vom Oberbergamt Bonn ist inzwischen auch eingetroffen.

Der Unfallauschuss der Gruben-Sicherheits-Kommission und Vertreter des Handelsministeriums mit Vertretern des Berliner Gruben-Sicherheitsamtes werden am Mittwochnachmittag die Grube besichtigen. Die Rettungssolomonen der Rettungsteams der Gruben Rhein-Elbe in Gelsenkirchen und Friedrich-Heinrich in Winkfor sind eingetroffen und beteiligen sich an Rettungsarbeit. Auch die holländischen Gruben haben sich bereitwillig zur Hilfeleistung angeboten.

Bei den Järlungen haben sich Doppelfahrungen herausgestellt, weil einzelne Leute bei der Ausfahrt gefährt worden waren und sich dann nochmals meldeben in der Annahme, nicht gefährt zu sein. Die Bergbehörde hält deshalb Schätzungen über die Zahl der noch eingeschlossenen für unangebracht. Es fehlen noch die Kontrollnummern der Leute, die aus Schacht Anna 3 ausgefahren sind. Fest steht nur, daß die Unter-Lage-Keviere 4, 5 und 6 mit ihren Seilzügen vollständig unversehrt zutage gekommen sind. Auch konnte noch nicht festgestellt werden, wie viel Leute auf den einzelnen zu Bruch gegangenen Strecken sind, da viele die Seilfahrt zur Stunde des Unglücks zwar beendet hatten, die Leute aber noch nicht vor Ort angekommen waren. Sie haben zu ihrer Arbeitsstätte bis zu Dreiviertelstunden unter Tag zurückzulegen. Von einem Brand aus einem der Unter-Lage-Keviere, von dem einer der Grubensicherheitsbeamten hatte, ist der Verwaltung und der Aufsichtsbehörde nichts bekannt.

Das Verleihen des Reichspräsidenten

Berlin, 22. Oktober.

Der Reichspräsident hat an den preussischen Regierungspräsidenten in Maaßen folgendes Telegramm gerichtet: „Die Nachricht von dem Erschossensunglück auf Grube Anna 2 bei Maaßen hat mich tief erschüttert. Hoffentlich gelingt es, die noch eingeschlossenen Bergleute zu retten. Den Hinterbliebenen der bei ihrer Arbeit Verunglückten bitte ich, den Ausdruck meiner aufrichtigen Anteilnahme den Verletzten meine besten Wünsche für baldige Genesung zu übermitteln.“

von Hindenburg, Reichspräsident.“

Der Reichszanier in Stuttgart

Stuttgart, 22. Oktober.

Reichszanier Dr. Brüning, Reichsfinanzminister Dr. Dietrich und Ministerpräsident Dr. Held trafen gestern vormittag 9 Uhr mit ihrer Begleitung in Stuttgart ein. Die Gäste wurden am Bahnhof von Staatspräsident Dr. Volz empfangen. Am Laufe des Vormittags trafen auch der badische Staatspräsident und Finanzminister Dr. Schmitt und der badische Innenminister Dr. Wittenmann sowie der hessische Finanzminister Dr. Kürnbeger mit ihren Beamten hier ein.

Von vormittags 11 Uhr bis abends 7 Uhr fand im Staatsministerium eine Besprechung über das Sanierungsprogramm der Reichsregierung und seine Auswirkung auf die Länder und Gemeinden statt. Dabei wurde zwischen den Vertretern der Reichsregierung und der beteiligten Länder eine mäßige Uebereinstimmung erzielt. Der Reichszanier fuhr abends nach Berlin zurück.

Deutsche Illustrierte neue Nummer bei Rich. Arnold

Auf schwankem Grund.

Roman von S. H. B.

48. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)
„Nein, Felix, o nein! Nicht so. Gerade weil ich dich so lieb habe!“
Er hatte Mühe, ein brutales Wort zurückzubalten. Sie war ja verrückt. Und unerträglich war seine Geduld nicht. Zum Donnerwetter, was wollte sie denn eigentlich? Womit quälte sie sich und ihn? Mit all ihren Worten gehen und heute hatte sie doch nichts flipp und klar herausgelegt. An ihm glauben. — Und worin konnte sie denn nicht mehr an ihm glauben? Von einer der Kiefern am Wege riß er einen Zweig ab und während er den in Stücke schnitt, rief er:
„Allo, mit der Liebe stimmst doch noch. Und worin stimmst dir sonst nicht mehr? Aber ohne weitere Umwege, kurz und klar heraus mit der Sprache!“
Kurz und klar heraus —
Ihr Blick hatte sich an ihm festgeklammert, als lüchle sie sich Kraft bei ihm für das, was sich schwer und rückwärts aus der Seele herausfand.

„Mein Glauben ist ins Wanken gekommen, daß du nicht in allen Dingen ehrlich handelnder Mann bist.“
Die zerbrochenen Zweige in seiner Hand flogen wild gescheitert in den See hinaus, dann hielt er mit patendem Griff ihren Arm fest.

„Dante Gott, daß du jetzt kein Mann bist.“
Ein heißes Freudenstille flammte in ihren Augen auf. Der Schmerz von seiner Hand war ihr Wohlthat und seine wilde Empörung war ihr Wohlthut, denn so konnte sich keiner empören, der sich nicht frei fühlte. Ihr Atem flog, ihre Worte hallten:

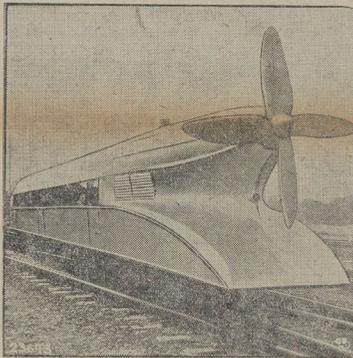
„Denke, ich wäre ein Mann, Felix, zieh' mich wie einen Leinen auf zur Rechenhaft, aber sprich auch du wie ein Mann zu mir, frank und wahr. Denn du sollst auch mein Leben wissen. Ich habe an deiner treuen Redlichkeit in deinem Verstecke zu zweifeln begonnen. Mein

Kürzung der Landtagsdiäten.

Der Hauptausschuss des Preussischen Landtags beschäftigte sich mit den Vorschlägen zur Kürzung der Aufwandsentschädigung für die Mitglieder des Landtages. Es fand ein Antrag Annahme, den Präsidenten des Landtages zu erlauben, die Aufwandsentschädigung für Landtagsmitglieder vom 1. November 1920 ab um 20 Proz. zu kürzen und die Entschädigung für Ausschusssitzungen an planungsfreien Tagen unter Berücksichtigung der Herabsetzung um 50 Proz. zu kürzen. Es ist damit eine Regelung getroffen, wie sie für Reichstagsmitglieder beschlossene worden ist. Der bereits eingelegte Uebereinstimmung soll sich mit der eintreffenden Regelung befassen und Vorschläge für die gesetzliche Regelung machen.

Die Niedrigwasserregulierung der Elbe

Magdeburg. Die in Hamburg abgehaltene Sitzung des Elbewasserstraßenverbandes befaßte sich mit der Niedrigwasserregulierung der Elbe. Ministerialdirektor Arp kündigte dabei an, daß ein entsprechender Entwurf noch im laufenden Jahre bekannt gegeben werden würde. Dieser Entwurf sei unterhalb der Saale eine Mindesttiefe von 1,25 Meter vor und ab Oestbacht eine solche von 1,40 Meter. Durch Zusatzwasser aus der Saalealtperrre erhöht sich diese Ziffern bis Wörth um 45 Zentimeter und von da ab um 30 Zentimeter, so daß eine durchgehende Mindestwasserhöhe von 1,70 Meter erreicht werde. — In der Aussprache wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Instandhaltung der Hauptströme wichtiger sei als die Neuanlage von Querverbindungen. Es wurde der Wunsch geäußert, daß man aus den Mitteln für Kanalbauten solche für die Elberregulierung abzwäge. So wohl leitens der Reederei als auch der Schiffseigner, der Arbeitnehmerschaft und der Vertreter des Speibitionsgewerbes wurden Klagen über die schweren finanziellen Benachteiligungen durch ungenügende Elberregulierung laut. Daburch habe die Seinerkraft erheblich nachgelassen, das Reichsfinanzministerium werde zu prüfen haben, ob nicht die Steuerentlastung schwerwiegender seien als die Kosten der Elberregulierung. Ministerialdirektor Arp erklärte, daß das Reichs dauernd erhebliche Aufwendungen für die Elbe gemacht würden, die sich auf durchschnittlich zehn Millionen M für dieses und das nächste Jahr stellen. Davon gehe allerdings ein Teil für den Bau der Saalealtperrren ab. Doch werde schon ab 1931 durch das Aufschubhalten der Uebgen dieser Anordnungen aufgehoben. Für 1931 habe man auch zwischen Barmbe und Wörsingen auf einer Strecke von 8,5 km mit einem Aufwand von 4,5 Millionen M eine grundlegende Niedrigwasserregulierung in Aussicht genommen. — Die Versammlung nahm schließlich eine Erklärung an, in der der Reichsverkehrsminister dringend erklart wird, die für 1931 gestrichlenen Mittel für eine vorzugsweise Durchführung der Regulierungsarbeiten bei Barmbe wieder einzusetzen.



Das Heck des „Sienen-Zeppelins“.

Uefer Bild zeigt das Heck des neuen Schnellballonsmagens, der vor wenigen Tagen auf der Strecke Hannover-Gelle seine erste Probefahrt machte, und zwar mit bestem Erfolg.

Gegen Uebertretungen des Brotgesetzes.

Die Anhaltische Regierung, Abteilung des Innern, hat die Kreispolizeibehörden auf Vorgänge aufmerksam gemacht, die auf eine Sabotierung des Brotgesetzes hinausgehen. Von beteiligter Seite ist darüber Klage geführt worden, daß aus dem Brotgesetz gerade denjenigen Mühlenbetriebern die größten Schwierigkeiten erwachsen, die bemüht sind, den Bestimmungen, die eine Steigerung des Roggenmehlverbrauches herbeiführen, Geltung zu verschaffen. Abgesehen davon, daß sich die Mehlverbraucher bis zu dem Tage, an dem das Brotgesetz in Kraft trat, mit großen Mengen 70prozentigen Roggenmehls eindeckten, werden nach diesen Angaben auch weiterhin noch in großen Umfange Roggenmehlgeschäfte getätigt, die eine glatte Nüchternheit der Bestimmungen des Brotgesetzes bedeuten. Von den Mühlen wird nach wie vor die Lieferung von Roggenmehl altergehoelter Qualitäten, d. h. über 60% gegogenen Mehls, gefordert, und der reelle Müller, der sich streng an die gesetzlichen Vorschriften hält, geht, weil behauptet wird, leer aus, da der weniger engberzige Konsument solchen Mühlens Rechnung trägt. Zum Beweis dafür, daß diese Darstellung den Tatsachen entspricht, wird auf den Preis verwiesen, zu dem angeblich 60prozentiges Roggenmehl in den Handel gebracht wird. Dieser Preis ist, wie behauptet wird, um 2 Mark niedriger, als er normalerweise sein könnte, so daß, wenn es sich tatsächlich um 60prozentiges Roggenmehl handelte mit sehr großen Verlusten gearbeitet würde. — Die Regierung, Abteilung des Innern, hat deshalb die Kreispolizeibehörden erlucht, derartigen Uebertretungen des Brotgesetzes in geeigneter Weise entgegenzutreten und sie zur Bestrafung zu bringen.

Welhagen & Klafings Monatshefte

gehen im In- und Auslande den Ruf der schönsten deutschen Monatschrift

Monatlich nur RM. 2.40

Der Leserkreis:
Jeder kulturbedürftige Deutsche, der an der Entwicklung seiner Zeit lebendigen Anteil nimmt.

Jedes Heft bringt
Meisterwerke moderner Erzähler Plaudereien hervorragender Schriftsteller aus allen Gebieten des Lebens und der Kultur. Herrlich wiedergegeben nach Verfahren der lebendigen Kunst.

Welhagen & Klafings Monatshefte machen Ihr Heim zu einer Stätte der Kultur und edelster Lebensfreude.

Der Verlag Welhagen & Klafing, Leipzig 11 überredet auf Wunsch gegen Einzahlung von 30 Pf. in Marken für Werte kostenlos ein Heft (sonst 2.40) als Probeheft

Gutes und verarbeitete Wäsche bereitet unsere Hausfrauen ein großes Kummer. Bei richtiger Behandlung dieser Wäsche ist die Gefahr jedoch schnell zu beheben. Man lasse diese Wäsche nur einige Male in Seife, einem vorzüglichen Wasch- und Bleichmittel, ohne auch nur die Wäsche im geringsten zu beschädigen, wird sie durch Seife wieder klar und blendend weiß. 1 Paket Seife kostet nur 15 Pf., und ist in allen einschlägigen Geschäften zu haben.

Glaube steht nicht mehr fest, daß du auch da immer nach Pflicht und Gewissen handelst, wo der Gelderwerb für dich in Frage kommt.“
Sie schweig und stand vor ihm mit großem wartenden Blick. Abwartend auf das entsetzte Manneswort: „Ich habe um Geldes willen nie etwas getan, das gegen Pflicht und Gewissen geht.“
Felix nahm's wach das Wort nicht. Seine Zähne knirschten. „Nach Pflicht und Gewissen.“ War's nicht, als ob er den Voller predigen hörte? Ihre Zweifel stammten doch von dem. Und der Kerl sollte sich hüten vor ihm, er sollte sich hüten!
In Felix's Augen aber war das Licht erloschen. Er war verstümmelt, wo er reden wollte. Und wenn er sie im nächsten Augenblick den Zweigen nachschleudert hätte, die dort auf dem Wasser trieben, zuvor hätte er das Wort sprechen müssen, das ihre eigenen Worte tödlich.
Doch jetzt redete er und sah sie dabei gebässig an: „Den Grund für deine Erdnimmungen zu finden, behalte ich mir vor. Mir ein Leumundungszeugnis vor dir auszusprechen, darauf verzichte ich. Aber auf das, was ich dir vorhin vorgeschlagen, komme ich zurück. Darüber finde ich jetzt zur Entscheidung. In vier Wochen die Hochzeit oder — das Uebwohl.“
Ihre Hände zuckten nach dem Herzen und hoben sich dann flehend gegen ihn.
„Felix — nicht in diesem Augenblick! Laß mir Zeit — ja, vielleicht bin ich krank — laß mir Zeit.“
„Nein.“ In seinem Bild, in seiner Stimme war etwas Grausalomes, Biegen oder Brechen! Er wachte in ihm, wie tief sie hing, daß sie nicht los konnte von ihm. „Nein. Ich will keine längere Wartzeit mehr. Auf Kompromisse, wie sie sich deine Wankante vielleicht ausgestellt hat, lasse ich mich nicht ein. Was ich dir gesagt habe, ist mein letztes Wort: in vier Wochen unsere Hochzeit oder in dieser Stunde zwischen uns das Uebwohl für alle Zeiten.“
Ein Schonen hob sich zwischen beide, das wurde größer und immer größer. Wie eine Mauer wuchs es an. Und auf die Mauer starrte Edith, auf das Wort, das da wie feurige Flamme auf grauem Grunde stand —
„Wut — wenn du den Wut dazu hast — den Wut! Sie machte eine stolze Bewegung, als wolle sie durch die Mauer hin zu ihm, der dahinter stand. Doch statt voran zu schreiten, wichen ihre zähne zurück, immer weiter von Felix Rahms zurück, und als der Ueberand ihr keinen Raum mehr bot, worauf sie ruhen konnte, ädzte sie:
„Erbarm dich doch! So kann ich's ja nicht — ich kann's ja doch nicht!“
„Was kannst du nicht? Sprich deutlicher und ohne wenn's und aber's. Die Hochzeit — oder das Uebwohl!“
Wieder von ihm der geulante, machbewusste Blick und Ton und noch einmal zwischen ihnen das Schweigen. Und wieder in ihr der stolze, ringende Kampf. Bis aus dem Schweigen eine tolle Stimme klang:
„Das — Uebwohl.“
„Edith!“ Er taumelte fast. Es war ihm so ungläublich. Er glaubte ihr auch nicht. Wollte mit ausgebreiteten Händen zu ihr hinrücken, so wie man rüttelnd einen Schlafenden weckt. Ihre tolle Stimme wehrte ihm.
„Ach nicht, ich kann nicht anders. Auf diesem Boden fest kann ich mit dir nicht weiter. Vielleicht — wenn wir später — auf einem andern —.“ Die Zunge lag ihr wie gelähmt im Munde.
Er starrte sie an. Starre und starre. Es war ihr Ernst. Er sah's an ihrem Gesicht, fühlte es von ihr zu sich herüberwehen — es war ihr Ernst! Sie löschte sich von ihm, weil er ihr nicht länger als ein erblicher Mann galt. Das war äger, als ein Schlag ins Gesicht. Nein, das war ja doch heller Waldmahl! Das war das war —. Er fand keinen Ausdruck, keinen Standpunkt dafür. Sein Empfinden jagte ihn und der von Unglauben zum Hof, vom Hof zur aufstrebenden Wut, von der Wut wieder zum hoffnungslosen Unglauben. Sie löschte sich von ihm — obgleich sie ihm liebte, schied jetzt von ihm — aber vielleicht — wenn sie später —

(Fortsetzung folgt.)

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Münstersches Anzeigerblatt“. Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streifen usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenbreite 10 Pica, die Spaltenhöhe 10 Pica, die Spaltenanzahl 10 Pica, die Spaltenbreite 10 Pica, die Spaltenhöhe 10 Pica, die Spaltenanzahl 10 Pica. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederhergabe unbedingt gesichert oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagegebühr: 10.— M., das Ausland, zusätzlicher Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 124

Donnerstag, den 23. Oktober 1930

32. Jahrg.

Arbeitszeit für die Regierung.

Das Ergebnis einer Woche Reichstag. — Die starke Mehrheit für das Kabinett. — Wäh der Reichstag im November zusammentreten?

Mit einer mehr als zwölftündigen Kampfsitzung hat der Reichstag die erste Woche seines Bestehens, eine Kampfwoche, beendet. Das Ergebnis des Kampfes hat die Schätze der Auseinandersetzungen und die Arbeit der Fraktionen belohnt. Für die Regierung ist dieses Ergebnis von ganz außerordentlicher Bedeutung. Sie hat aus der Abstimmungsschlacht eine Mehrheit für sich gefischt, die den zu ihr stehenden Parteien unerschütterlich ist, und das besonders Bemerkenswerte ist, daß sie diese Mehrheit nicht der Unterstützung der Sozialdemokratie dankt, sondern daß sie auch nach rechts hin Stimmen gewonnen hat, die sich ihr zu Beginn der parlamentarischen Auseinandersetzungen zu verlagern schienen. So hat sich die Wirtschaftspartei im Augenblick der Entscheidung entgegen ihrer früheren Ankündigungen auf die Seite der Reichsregierung gestellt. Es war taktisch klug von dem Reichskanzler Brüning, daß er, dessen Methode sonst die Arbeit in der Stille ist, die Auseinandersetzung mit den Gegnern seiner Regierung und ihres Programms in der offenen Feldschlacht des parlamentarischen Kampfes gesucht hat, denn hier ist kein Sieg um lo augenfälliger geworden.

Mit diesem Sieg hat die Regierung erreicht, daß die Notverordnung zum Aufrecht erhalten bleibt, sie hat die Ermächtigung für den Überbrückungscredit erhalten, und sie ist in ihrer Geschäftsführung durch den Übergang zur Tagesordnung über sämtliche Mißtrauensanträge mit einer Mehrheit von 82 Stimmen befristet worden. Sie hat diesen Reichstag, der in seinen ersten Sitzungen zu den ernstesten Befürchtungen darüber Anlaß gab, ob eine parlamentarische Arbeit überhaupt möglich sein werde, zu solcher Arbeit gezeugen, und wenn die Regierung dabei die ersten Früchte geerntet hat, so wird auch das Parlament diesen Abschnitt der ersten Woche seiner Tätigkeit dankbar als eine positive Leistung anerkennen und, nachdem sich in den ersten Stürmen die Gemüter etwas beruhigt haben, für seine Weiterarbeit im Dezember daraus nützliche Lehren ziehen.

Es fehlt allerdings im Lager der Opposition nicht an Stimmen, die versuchen, den Erfolg der Regierung und das positive Ergebnis der ersten Parlamentsarbeiten in Zweifel zu ziehen. Das ist verständlich. Eine Fraktion der Opposition, die des Deutschen Landvolks, hat bereits Einspruch gegen die Vertagung erhoben und die sofortige Wiedereinberufung des Reichstages verlangt, die in besonderen Schritten beim Reichskanzler und beim Reichspräsidenten begründet werden soll. Man bestreift sich dabei auf die Bestimmung, daß ein Drittel der Mitglieder des Reichstages jederzeit dessen Einberufung verlangen kann und daß der Reichstag in jedem Jahre am ersten Mittwoch des November zusammentreten muß, Bestimmungen, die im Artikel 24 der Reichsverfassung enthalten sind, über deren Sinn aber alle Kommentatoren sich in der Richtung einig sind, daß es sich dabei im wesentlichen um eine Vorkehrung handelt, die im Hinblick auf die Sicherung des Haushaltsplans für das folgende Jahr getroffen ist und daß der Sinn der Bestimmung keineswegs sehr fern, die absolute Mehrheit des Reichstages durch ein Drittel seiner Mitglieder transzient zu lassen, das als Oppositionsmittel nach jeder Vertagung sofort wieder den Zusammentritt fordern könnte. Es ist kein Zweifel, daß aus diesen Erwägungen heraus die Forderung des Landvolks von den zuständigen Stellen abgelehnt werden muß.

Es besteht noch ein Wort zu sagen über die innen- und außenpolitische Wirkung des Abstimmungsergebnisses vom letzten Sonnabend. Innenpolitisch ist wie schon kurz angedeutet wurde, von besonderer Bedeutung die Tatsache, daß die Sozialdemokratie in klarer Erkenntnis der Lage es für ihre Pflicht erkannt hat, die Regierung Brüning nicht im Stich zu lassen, nicht, weil ihr gerade dieser Kanzler und dieses Kabinett besonders sympathisch wären, sondern weil sie als eine ernste Gefahr das starke Anwachsen der Sozialdemokratie erkannt hat. Die Regierung wird in der ihr nun zur Verfügung stehenden Zeit alle Kräfte daran setzen, die für die Durchführung ihres Programms notwendigen Vorlagen fertigzustellen und ihre Verwirklichung in die Wege zu leiten, und sie wird es um so leichter haben, diese verantwortungsvolle und schwere Arbeit zu leisten, je weniger sie dabei durch Demonstrationen zu den Feinden des Reichstages hinaus getrieben wird. Sie wird sich

nach dem so günstigen Abstimmungsergebnis auch einer zuverlässigeren Anteilnahme des Auslandes an ihren Arbeiten und eines wachsenden Glaubens der Welt an die Möglichkeit erfreuen können, daß es gelingen wird, auf diesem Wege die innere Ordnung in Deutschland wiederherzustellen und damit die Innehaltung jener äußeren Verpflichtungen zu gewährleisten. Was diese äußeren Verpflichtungen angeht, so werden hoffentlich die sehr deutlichen Worte des Reichskanzlers über die Notwendigkeit, bei der Durchführung des Youngplans auf die der deutschen Leistungsfähigkeit gezogenen Grenzen Rücksicht zu nehmen, offene Ohren finden. Das Kabinett Brüning hat aus den parlamentarischen Kämpfen der hinter uns liegenden Woche für sich selbst die Erkenntnis ziehen können, daß es bei entschlossenem Willen gelingen muß, das große Werk zur Vollendung zu führen. Möge die Regierung in der ihr zur Verfügung stehenden Zeit nach dieser Erkenntnis handeln!

Landtagsauflösung abgelehnt.

Auf den 4. November vertagt.

Berlin, 22. Oktober.



Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages

Der Haushaltsausschuss.

Berlin, 21. Oktober.

Am Reichstag trat unter dem Vorsitz des Abgeordneten Dr. Fried (Nat.-Soz.) der Auswärtige Ausschuss zu seiner ersten Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung stand zunächst eine Ausprache über die Genfer Witterbundsverhandlungen. Ferner waren die dem Ausschuss überwiesenen Anträge über die Revision des Youngplans auf die Tagesordnung gesetzt worden. In diesem Zusammenhang ist die Zusammenlegung des neuen Auswärtigen Ausschusses von Interesse.

Von den insgesamt 28 Mitgliedern des Ausschusses entfallen auf die Sozialdemokraten 7, auf die Nationalsozialisten 6, auf die Kommunisten 4, auf das Zentrum 2, auf die Deutschnationalen 2, auf die Deutsche Volkspartei, die Wirtschaftspartei, den Christlich-Sozialen Volksdienst und die Bayerische Volkspartei je 1, auf das Deutsche Landvolk 2 Abgeordnete. Bemerkenswert ist, daß infolge der Schlüsselung des Landvolks im Auswärtigen Ausschuss einen Abgeordneten mehr hat als die Deutsche Volkspartei, obwohl die Landvolksfraktion mit Einschuß der Deutschen Bauern um zwei Mitglieder kleiner ist als die Deutsche Volkspartei. Die Regierungspartei verfügen von den 28 Ausschussmitgliedern nur über 6. Rechnet man hierzu die 7 Sozialdemokraten, dann sind 13 Abgeordnete im Ausschuss, die Außenpolitik der Regierung unterstützen. Diesen stehen 15 Abgeordnete der Opposition gegenüber.

Der Haushaltsausschuss des Reichstages, der die Notverordnungen zu beraten hat, ist bisher zu seiner ersten Sitzung nicht einberufen worden. In diesem Ausschuss, der 35 Mitglieder zählt, verfügen die Regierungspartei, die Sozialdemokraten und der Christlich-Soziale Volksdienst zusammen über 18 Abgeordnete, also gerade über die Mehrheit.

Wer fällt unter das Amnestiegesetz?

Das vom Reichstag mit zwei Drittel Mehrheit verabschiedete Amnestiegesetz ist damit gegen den Einspruch des Reichspräsidenten rechtskräftig geworden, sobald es der Reichspräsident verkündet. Das Amnestiegesetz belagt, daß Straftatfreier gewährt wird für die in Paragraph 4 des Amnestiegesetzes vom Jahre 1928 genannten, aus politischen Beweggründen begangenen Straftaten, wenn die Tat vor dem 1. September 1924 begangen ist und wenn sie sich nicht gegen ein Mitglied oder früheres Mitglied der Reichsregierung gerichtet hat.

Es handelt sich hier in der Hauptsache um politische Tätigkeitsdelikte, also um die Amnestierung einer Reihe von sogenannten Zementmördern — etwa 15 — und von 7 Kommunisten. Es ist aber anzunehmen, daß über diesen Kreis hinaus das Amnestiegesetz auch auf diejenigen Personen Anwendung finden kann, die im Zusammenhang mit den Aufständen und der Bekämpfung der Separatisten Strafen zu gewärtigen hatten, soweit die Taten vor dem 1. September 1924 begangen wurden.

Einer ist, daß auch der kürzlich wieder vertagte Prozeß Fohlschulz sowie der Fall Rempel durch die Amnestie erledigt sein dürften. Dagegen werden die Mörder Erzbergeres nicht amnestiert, da es sich hier um eine Tat gegen ein Regierungsmitglied gehandelt hat.

Ausprache mit Schacht.

Ueber die Reparationsfrage.

Newport, 22. Oktober.

Auf einem Festessen der Foreign Policy Association fand eine bemerkenswerte Ausprache zwischen Dr. Schacht und dem ehemaligen Mitglied der Reparationskommission John Foster Dulles über den Youngplan und seine Beziehung zur Weltwirtschaft statt.

Dulles vertrat die Reparationsfrage möglichst objektiv zu behandeln, und gab zu, daß die Berliner Konferenz die moralische Grundlage der Reparationsfrage völlig außer acht gelassen habe. Die Alliierten hätten nicht die Wiedergutmachung der Kriegsschäden, sondern die Übertragung der eigenen Schuldenszahlungen auf die Schulden Deutschlands im Auge gehabt. Deutschland ist aber nicht, wie die Nachbarn dagegen behaupten, die Rüstungspolitik trotz des in Versailles festlich gegebenen Versprechens fort. Andererseits glaube Dulles, auf eine gewisse Geldberücksichtigung in Deutschland hinweisen zu müssen, so daß ein großer Teil der jetzigen Schwierigkeiten selbst verstanden sei. Deutschland müsse durch Selbstvertrauen und seine Fähigkeiten im Ausland Vertrauen erwecken.

Schacht stellte den optimistischen Ausführungen Dulles' über die wirtschaftliche Lage Deutschlands nadte und klare Zahlen des deutschen Geldes entgegen. Gewiß habe die deutsche Wirtschaft einen beachtlichen Aufschwung genommen. Man dürfe aber nicht vergessen, daß Deutschland die Reparationszahlungen, den Einfuhrüberschuß und den Zinsendienst für die im Ausland aufgenommenen Kredite lediglich aus Anleihen befristet habe. Dieser Zustand könne unmöglich lange andauern.

Der jetzige Ausfuhrüberschuß sei das Ergebnis der Verknüpfung der Wirtschaft.

Im letzten Verordnungen aufgenommen zu können, müsse Deutschland 5 Milliarden Goldmark jährlich aus Ausfuhrüberschüssen aufbringen. Eine derartige Steigerung des deutschen Anteils am Weltmarkt sei jedoch unmöglich, da die anderen Länder sich dagegen sträubten, daß Deutschland sie von den Absatzmärkten ausschalte.

Befragungen mit Hoover und Mellon.

In einem Washingtoner Sonderbericht der „Herald Tribune“ wird behauptet, Schacht habe Hoover und Mellon freimütig erkräftigt.

Daß jenes Erkräftigen eine vorübergehende Moratorium für die Reparationszahlungen sei als unvermeidbar erwiesen werde.

Die zeitweilige Einstellung der deutschen Zahlungen werde nach Ansicht gutunterrichteter und der Regierung nahesteher Kreise eine allgemeine Suspension der amtierenden Schuldendienste in Amerika zur Folge haben. Welche Haltung Hoover in diesem Falle einnehmen werde, könne allerdings niemand voraussagen. Man ererne in Washington an, daß England und Italien infolge der Depression und der Arbeitslosigkeit ihre Zahlungen schwerlich fortsetzen könnten, wenn Deutschlands Leistungen ausblieben.

Dagegen würde Frankreich kaum Sympathien begegnen, wenn es gleichfalls vom Moratorium Gebrauch machen würde.

Zum Schluß bemerkt das Blatt, in Washington sei man sich darüber klar, daß Schacht nicht im Namen der deutschen Regierung spreche, doch glaube man, daß seine Voraussetzungen sich wahrscheinlich als richtig herausstellen würden.

Mac Fadden verlangt:

Sofortige Herabsetzung der Young-Zahlungen.

London, 22. Oktober.

Der Abgeordnete Louis MacFadden, der Vorsitzende des Ausschusses des Repräsentantenhauses für Bank- und Währungsfragen, hat dem Vertreter der New Yorker „Daily Investment News“ ein Interview gegeben. In diesem erklärte